

Christ und Sozialist

Blätter der Gemeinschaft
für Christentum und Sozialismus
Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.

1./I. Vierteljahr 1981

Inhalt

Eva Lüders:

Anabasis

Christiane Dannemann:

Widerstand gegen die Erweiterung des Flughafens Frankfurt

Siegfried Katterle:

Probleme der Vollbeschäftigung in den 80er Jahren

Karl Schmidt:

Ein wenig mehr Sozialismus – ein wenig mehr Menschlichkeit

Erika Adolphy:

Alte Menschen sind anders

Buchbesprechungen

Kurt Marti: Zärtlichkeit und Schmerz (H. Röhr)

Eberhard Bethge: Am gegebenen Ort (W. Schweitzer)

Susanne v. Paczensky (Hg.): Wir sind keine Mörderinnen! (E. Adolphy)

Lea Fleischmann: Dies ist nicht mein Land (A. Muhr-Nelson)

S. de Witt/H. Hatzfeld (Hg.): Zeit zum Umdenken (E. Mechels)

Bundesnachrichten

Bericht über die Tagung „Theologische Ansätze im Religiösen Sozialismus“ in Arnoldshain (R. Gaede)

Ökumenische Konferenz Religiöser Sozialisten der Schweiz (M. Mattmüller)

Leserbrief

Autoren dieses Heftes

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Günter Ewald, Jürgen Finnern, Siegfried Katterle.

Redaktion: Erika Adolphy, Reinhard Gaede, Siegfried Katterle (verantwortl.), Jürgen Kornnagel, Klaus Kreppel, Annette Muhr-Nelson, Bruno Schmidt.

Redaktionsadresse: Siegfried Katterle, Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14, Telefon 0521/45870.

Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Telefon 0521/100937
Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.

Zahlungen an Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Postscheckkonto Dortmund 189389-464
Erscheint vierteljährlich.

Eva Lüders

ANABASIS

Die Freunde sagten:

Zieh nicht hinauf nach Jerusalem
Fordere sie nicht heraus
Sie haben die Macht.
Wirke im Stillen
Zeige dem Volk die ganz kleinen Schritte
Versuche nicht das Unmögliche:
Mit deinem Tod ist niemandem geholfen.

Er zog hinauf

Es kam, wie es kommen mußte

Er starb allein.

Der unbegreifliche Gott aber gab ihm Leben
Leben aus seinem Leben
Und setzte ihn ein zum Maß einer besseren Welt.

Wir bekennen:

Er ist die Wahrheit
Sein Tod hat uns erlöst
Er schenkt uns die bessere Welt.

Wir sagen:

Er ist Gott - wir sind Menschen
Er tat das Unmögliche
Wir sind realistisch.

Wir ziehen nicht hinauf
Wir rechnen mit der Macht
Wir halten es mit den ganz kleinen Schritten.

Wir deuten sein Wort und seine Geschichte
und feiern seinen Tod.

Wir bauen Hochhäuser über seinem Grab
und verwalten den Glauben.

Wir klagen: Gott kommt in unserer Welt nicht vor.

Eva Lüders studierte Germanistik, Romanistik und Philosophie. Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg und in den USA. Schwerpunkt des Interesses: Vermittlung des Verständnisses literarischer Werke im Hinblick auf Fragen des Glaubens, der Gesellschaft und einer Ethik, die den bibli-

schen Grundlagen und einem "neuen Lebensstil" entsprechen möchte. Initiatorin einer ökumenischen Basisgemeinde. Das abgedruckte Gedicht ist dem Radius-Almanach 1980/81 entnommen (Radius-Verlag Stuttgart, 1980).

Christiane Dannemann *)

WIDERSTAND GEGEN DIE ERWEITERUNG DES FLUGHAFENS FRANKFURT - HERAUSFORDERUNG FÜR CHRISTEN

I. Überblick über die bisherigen Ereignisse

Konkrete Pläne zur Erweiterung des Frankfurter Flughafens durch den Bau der Startbahn 18 West sind seit über zehn Jahren bekannt. Nach den beiden Planfeststellungsverfahren von 1968 und 1971 klagten Städte, Gemeinden und Bürger des Rhein-Main-Gebietes zehn Jahre lang auf allen Instanzen der Verwaltungsgerichte. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Berlin vom Sommer 1978 löste dann einen Widerstand auf breiterer Ebene aus. Aus der schon 1965 entstandenen Bürgerinitiative gegen Fluglärm entwickelte sich die "Bürgerinitiative gegen die Erweiterung des Flughafens Rhein-Main". Inzwischen gibt es schon etwa zwei Dutzend örtliche Bürgerinitiativen, die aufgrund der aktiven Unterstützung durch weite Kreise der Bevölkerung in der Lage sind, eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit zu leisten durch Broschüren, Plakate, Diskussionsveranstaltungen usw.. Anfang des Jahres 1980 konnten ca. 30 000 Unterschriften gegen den geplanten Bau der Startbahn West in den Anliegergemeinden gesammelt werden. Ministerpräsident Holger Börner weigerte sich jedoch im Februar, sie entgegenzunehmen.

Die Landesregierung hält nach wie vor an ihrer Unterstützung des Vorhabens, den Flughafen zu erweitern, fest. Die Parteien auf kommunaler Ebene dagegen sind überwiegend der Ansicht, daß die Belastungen der betroffenen Region den Nutzen überwiegen, und unterstützen deshalb den Widerstand der Bevölkerung gegen den Bau der Startbahn. In Mörfelden-Walldorf bildete sich im Herbst 1978 sogar eine Parteienaktionsgemeinschaft aus SPD, CDU, FDP und DKP - ein Novum in der politischen Landschaft.

Im Juli 1980 ordnete der hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Herbert Karry (FDP), den Vollzug des Baubeginns

an. Das abschließende Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofs Kassel bestätigte die Rechtmäßigkeit dieser Anordnung des Ministers und schuf somit im Oktober 1980 eine rechtliche Grundlage für den Beginn der Baumaßnahmen.

Zu den ersten Reaktionen auf das Urteil gehörte ein Hungerstreik der Vertreter der Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf im Rathaus Mörfelden. Wenige Tage später fielen die ersten Bäume. Die Flughafen-Aktiengesellschaft (FAG) hatte die Abholzung des Geländes angeordnet, das bereits in ihrem Besitz war, ca. sieben Hektar. Es zeigte sich, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung nicht bereit war, diesen Gerichtsbeschuß widerstandslos hinzunehmen. Spontan fanden sich über 3 000 Menschen auf dem Waldgelände ein und erreichten durch die Besetzung des Waldstücks, daß die Holzfäller ihre Arbeit abbrechen mußten. In den nächsten Tagen wurden die Arbeiten unter massivem Polizeieinsatz fortgeführt. Während auf Seiten der Demonstranten der gewaltfreie Widerstand so gut wie ausnahmslos durchgehalten wurde, kam es auf Seiten der ca. 3 000 Polizisten zu einzelnen Gewaltanwendungen. Unter den Demonstranten gab es zahlreiche Verletzte.

Die sieben Hektar FAG-Gelände wurden bei dieser Aktion vollständig kahlgeschlagen. Der überwiegende Teil des für den Startbahnbau benötigten Geländes ist jedoch noch immer im Besitz der Kommunen Flörsheim, Bischofsheim und Rüsselsheim. Die Flughafen-Aktiengesellschaft setzt einen überhöhten Preis als Druckmittel ein, um die Gemeinden zu einem Verkauf zu bewegen. Diesem Druck hat die Stadt Flörsheim inzwischen nachgegeben.

Schon im Mai 1980 errichtete die Bürgerinitiative auf dem Gelände des Flörsheimer Waldes eine Schutzhütte. Um diese Hütte herum hat sich inzwischen ein ganzes Protestdorf gebildet, das aus etwa zwanzig Hütten besteht. Örtliche Bürgerinitiativen und andere Gruppen haben sich eine Unterkunft geschaffen, um ständig an Ort und Stelle sein zu können. Das letzte Gebäude, das im Hüttendorf entstanden ist, ist eine Waldkirche, für die die Kirchengemeinde Mörfelden und das evangelische Dekanat Groß-Gerau die Verantwortung übernommen haben. Diese Kirche bereitet der Flughafen-Aktiengesellschaft im Hinblick auf die bevorstehende Räumung des Hüttendorfes die größten Kopfzerbrechen. Das hat es noch nie gegeben: eine illegal gebaute Kirche! Schon vorher hatte es Gottesdienste im Wald gegeben, so zum Beispiel im Zusammenhang mit einer Demonstration mit über 10 000 Teilnehmern. Jetzt gibt es seit der Einweihung der Kirche am dritten Advent 1980 regelmä-

Big jeden Sonntag Gottesdienste dort. Die evangelischen Dekanate Groß-Gerau und Rüsselsheim tragen den Widerstand gegen den Startbahnbau mit, auch durch zahlreiche Geldspenden und Stellungnahmen. Die evangelische Dekanatsynode Groß-Gerau verabschiedete als erste einstimmig eine Resolution gegen den Bau der Startbahn West, die an die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, an den Ministerpräsidenten und den Landtag weitergeleitet wurde. Andere Dekanate und Kirchengemeinden folgten ihrem Beispiel.

Inzwischen schreitet die Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung immer weiter fort, und die Bereitschaft zum aktiven, gewaltfreien Widerstand nimmt zu. Sobald die Flughafen-Aktiengesellschaft rechtskräftig im Besitz des Flörsheimer Waldes ist, muß mit der gewaltsamen Räumung des Hüttendorfes und damit mit Konfrontationen zwischen den Startbahngegnern und Staatsorganen gerechnet werden.

II. Überlegungen zu einer christlichen Antwort

1. Ökologische Überlegungen

a) Das Waldgebiet, das durch den Startbahnbau verlorengehen würde, liegt mitten im letzten großen zusammenhängenden Waldbereich im Großraum der Rhein-Main-Metropole Frankfurt. Dieses Waldgebiet beherbergt mit dem Mönchbruch eines der letzten Sumpfgebiete. Dort gibt es noch zahlreiche Biotope, die zu den selten gewordenen zählen und die durch den Startbahnbau ausgerottet würden. Aus diesen Gründen war der Mönchbruch als drittgrößtes hessisches Naturschutzgebiet vorgesehen. Nach dem Bau der Startbahn wäre dieser Lebensraum als Naturschutzgebiet für immer verloren.

b) Der Großraum Frankfurt gehört zu den Bereichen mit der stärksten Umweltbelastung. In der Statistik der Erkrankungen der Luftwege zum Beispiel steht der Raum Frankfurt an erster Stelle. Die ökologische Ausgleichsfunktion des letzten großen Waldgebietes südlich von Frankfurt ist deshalb lebenswichtig und unverzichtbar. Durch den Bau der Startbahn West würde das Waldgebiet auf einer Fläche von 300 Hektar in der Mitte durchtrennt und somit als Erholungsgebiet und ökologisches System zerstört. Damit könnte es seine lebenswichtige Ausgleichsfunktion nicht mehr wahrnehmen. Die versprochenen Aufforstungen in Nordhessen, die als Ausgleich für diesen Waldverlust vorgesehen sind, sind für die Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts in der Rhein-Main-Region ohne

Wert. Im Raum Frankfurt steht und fällt die Lebensqualität der Menschen im weiten Umkreis mit diesem Wald.

c) Der Bau der Startbahn West würde die sowieso schon gefährlich vorangeschrittene Absenkung des Grundwasserspiegels in Südhessen weiter vorantreiben. Die Absenkung des Grundwassers bis in eine Tiefe von elf Metern, die für den Bau der Startbahn technisch notwendig ist, würde in den nächsten Jahren bewirken, daß weiterer Wald im Flughafenumland verlorengeht; die Schätzungen der Gutachter nehmen einen Verlust in einer Höhe bis zu 1 000 Hektar an.

2. Ökonomische Überlegungen

a) Die Behauptung der Flughafen-Aktiengesellschaft, die Kapazitätserweiterung des Flughafens sei wegen des steigenden Bedarfs dringend erforderlich, läßt sich empirisch nicht bestätigen. Die prognostizierten Wachstumsraten stützen sich noch immer auf die Untersuchungen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, die auch dem Gericht vorlagen. Das Gericht prüfte lediglich, ob die Prognosen zum damaligen Zeitpunkt gerechtfertigt waren. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung seit der Ölkrise 1973 wird bei der vermuteten Bedarfsentwicklung nicht berücksichtigt. Unter kompetenten Mitarbeitern der Flughafen-Aktiengesellschaft und der Luftfahrtgesellschaften jedoch wird längst eingestanden, daß die Passagierzahlen stagnieren werden. Die Tendenz geht zum größeren Flugzeug, die Zahl der Flugbewegungen wird also eher abnehmen. Ob der Luftverkehr überhaupt in Zukunft noch im heutigen Ausmaß möglich sein wird, ist zudem von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen abhängig.

b) Ein Hauptargument der Vertreter der Flughafen-Aktiengesellschaft bezieht sich auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit kommt es den Ängsten vieler Arbeitnehmer entgegen, wenn man ihnen Arbeitsplätze verspricht. Die von der Flughafen-Aktiengesellschaft zunächst in Aussicht gestellten 30 000 Arbeitsplätze beruhen auf Vermutungen und Schätzungen, die von einem unrealistischen Wirtschaftswachstum ausgehen. Sie werden durch die gegenwärtige und zukünftig zu erwartende reale Wirtschaftsentwicklung widerlegt. Den Schätzungen der FAG ist entgegenzuhalten, daß am Flughafen selbst nur ein paar hundert Arbeitsplätze entstehen würden. Die übrigen prognostizierten Arbeitsplätze sind sogenannte indirekte, d. h. diese Arbeitsplätze entstehen nur dann, wenn die Vermutung der FAG zutrifft, daß

eine Kapazitätserweiterung des Flughafens einen wirtschaftlichen Aufschwung der Region nach sich zieht. Das aber ist bei der allgemeinen Wirtschaftslage nicht zu erwarten.

c) Es gibt keine integrierte Verkehrsplanung auf nationaler Ebene. Nur eine solche Verkehrsplanung aber, die alle Möglichkeiten des Schienen-, Luft- und Straßenverkehrs mit einbezieht und koordiniert, kann erreichen, daß die vorhandenen Kapazitäten sinnvoll ausgelastet werden. Überflüssige Projekte, die oft nur aus Prestige-Gründen gebaut werden, würden durch eine integrierte Planung verhindert. Die Kapazität des Köln-Bonner Flughafens zum Beispiel wird gegenwärtig nicht einmal zur Hälfte genutzt.

d) Die Kapazität des Frankfurter Flughafens würde durch den Bau der Startbahn West nicht in dem Maße erweitert, wie es die Flughafen-Aktiengesellschaft behauptet. Die Engpässe bestehen nämlich nicht bei den Starts, sondern bei den Landungen. Für Landungen jedoch kann die Startbahn West nicht eingesetzt werden, da sie quer zu den beiden vorhandenen Startbahnen verläuft und deshalb ein eventuell notwendig werdendes Durchstarten nicht möglich wäre. Bei manchen Wetterlagen, die im Frankfurter Raum häufig auftreten, können zudem auch Starts auf der geplanten Startbahn nicht durchgeführt werden. Insbesondere die Windverhältnisse (vorherrschend sind Ost-West-Winde) lassen den Bau einer Bahn, die wie die geplante Startbahn in Nord-Süd-Richtung verläuft, nicht sinnvoll erscheinen. Denn bei diesen Schlechtwetterlagen fiele die Startbahn West ganz aus, und der Flugbetrieb müßte wie bisher auf den beiden älteren Bahnen abgewickelt werden (1).

3. Politische Überlegungen

a) Die Beschäftigten der Flughafen-Aktiengesellschaft werden vertraglich verpflichtet, in der Frage des Startbahnbaus die Linie des Arbeitgebers zu vertreten. Dieses Phänomen, daß diejenigen, die wirklich Einblick haben in die technischen Zusammenhänge, auf diese Weise mundtot gemacht und so gehindert werden, ihre durch Tatsachen, Informationen, Daten und Materialien fundierte eigene Meinung öffentlich zu vertreten, ist schon im Zusammenhang der Diskussionen um den Bau der Atomkraftwerke deutlich geworden. Es muß als Verletzung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung bezeichnet werden. Trotzdem ist inzwischen allgemein bekannt, daß eine starke Minderheit des Flughafenpersonals auf der Seite der Startbahngegner steht. Eine

große Zahl Fluglotsen und zunehmend auch Piloten haben es auch gewagt, sich öffentlich gegen das Projekt auszusprechen.

b) Viele Menschen in der betroffenen Region südlich von Frankfurt machen im Zusammenhang mit ihrem Protest gegen den Bau der Startbahn West neue Erfahrungen mit dem Staat. Anfragen an die Handhabung der parlamentarischen Demokratie werden laut. Menschen fragen: Was ist das für ein Staat, der über die Meinung so vieler Bürger einer ganzen Region einfach hinweggeht, der erst gezwungenermaßen auf massiven Druck der Bevölkerung sich zu einer Diskussion mit den Bürgern bereitgefunden hat? Die Menschen können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ihre konkreten Lebensbedürfnisse einem Prestigeobjekt der Flughafen-Aktiengesellschaft geopfert werden. Menschen aller Berufsgruppen, jeden Alters und quer durch alle Parteien versuchen ihre Sorge durch gewaltfreien Widerstand auszudrücken. Für die meisten ist es die erste Erfahrung mit dieser Form des Protestes. Und es machte sie tief betroffen, als sie bei der ersten Teilrodung erleben mußten, wie der Staat mit massivem Polizeieinsatz ihren Protest erstickte und sich nicht scheute, mit Gewalt gegen seine Bürger vorzugehen (2).

c) Viele Menschen fühlen sich auch von den Parteien im Stich gelassen. Sie müssen feststellen, daß die Parteien in erster Linie von der Angst beherrscht sind, ihre Wählerstimmen zu verlieren. Den Menschen scheint ein Wahlboykott die einzige Möglichkeit, Druck auf die Parteien auszuüben.

Auch Parteimitglieder auf kommunaler Ebene sind von der Verständnislosigkeit ihrer hessischen Landespartieführungen enttäuscht. Allein in der Mörfelden-Walldorfer SPD kam es aus diesem Grund zu über 100 Parteiaustritten.

Es müßte auch den Politikern zu denken geben, daß alle umweltbedrohenden Großprojekte inzwischen nur noch gegen den Protest der betroffenen Bevölkerung durchzusetzen sind.

4. Theologische Überlegungen

a) Gottes Schöpfungsauftrag an die Menschen "Macht euch die Erde untertan" (1. Mose 1,28) darf nicht so verstanden werden, daß wir die Natur rücksichtslos für unsere Zwecke ausnutzen dürfen, ohne dafür Rechenschaft ablegen zu müssen. Gott hat uns mit der Herrschaft über die Natur

auch die Mitverantwortung übertragen. Für die zivilisatorische Arbeit sollen die Menschen ihre Fähigkeiten einsetzen und Techniken entwickeln, die das Leben fördern und erleichtern. Was jedoch geschieht, wenn die Menschen den von Gott gesteckten Rahmen überschreiten, das führt uns die Geschichte vom Turmbau zu Babel vor Augen (1. Mose 11, 1-9): Wenn die Menschen die erworbenen Fertigkeiten und Techniken in selbstangemaßter Autonomie gegen Gott anwenden, dann wird das eigentliche Ziel, das menschliche Leben zu fördern und zu erleichtern, nicht erreicht. Im Gegenteil: die Folge ist eine Beeinträchtigung der Lebensqualität. So schaden die Menschen im Grunde sich selbst (3). Sie dürfen also das Überschreiten von Grenzen nicht zum Selbstzweck machen; sie sollen ihre Fertigkeiten nicht um jeden Preis einsetzen, sondern verantwortlich prüfen, ob sie dem Leben der Menschen wirklich dienen und in das Leben der Natur nicht so zerstörend eingreifen, daß sie nicht wiedergutmachende Schäden anrichten. Raubbau an der Natur darf nur vorgenommen werden, wenn er für das Leben und Überleben der Menschen unumgänglich ist. Der Bau der Startbahn West gehört nicht zu diesen unvermeidbaren Eingriffen in die Schöpfung Gottes.

b) Die ständig wachsenden Belastungen der ökologischen Systeme erfordern ein Umdenken in der Frage nach der Lebensqualität. Was macht Lebensqualität aus? Gehört zur Lebensqualität wirklich das immer größere Auto, die immer kürzeren und schnelleren Straßenverbindungen und die immer weitere Flugreise, oder sind nicht eine saubere Luft, ein unverseuchtes Trinkwasser und eine chemiefreie Nahrung wichtiger für menschliches Leben? Vielen ist schon klar geworden, daß Lebensqualität nicht identisch ist mit den Vorstellungen von angeblichem Lebensstandard, die uns häufig von Politik und Wirtschaft eingeredet werden. Mit jeder nicht lebensnotwendigen Zerstörung von Umwelt, von Gottes Schöpfung, zerstören wir ein Stück von uns selbst, zerstören wir ein Stück unserer Lebensqualität. Die Verteidigung echter Lebensqualität ist uns als Christen von Gott aufgetragen. Die Schöpfung Gottes bebauen und bewahren - nicht zerstören!

c) Ein neues Bewußtsein für die Mitverantwortung der Menschen für Gottes Schöpfung kann nur erreicht werden, wenn die Schöpfung in ihrer Gesamtheit Gegenstand unserer Aufmerksamkeit wird. Die Zerstörung der Umwelt im Fall der geplanten Startbahn West ist kein spezielles Problem des Rhein-Main-Gebietes, keine punktuelle Bedrohung nur einer Region. Die vorstehenden ökologischen, ökonomischen, politischen und theologischen Überlegungen am Beispiel der

Startbahn West wollen in diesem Sinn als exemplarische verstanden sein. Ungerechtfertigte Eingriffe in die Umwelt mit lebensbedrohenden Folgen - sei es durch den Bau von Atomkraftwerken, durch Verseuchung des Grundwassers, chemische Vergiftung von Lebensmitteln oder durch ausufernde Straßenbaumaßnahmen - sind zu einem allgemeinen Problem geworden. Die Folgen dieser Zerstörungen werden von allen Menschen getragen werden müssen, auch von denen, die heute noch glauben, in einer intakten Umwelt zu leben. Deshalb ist der Widerstand gegen Umweltzerstörungen, wo immer sie von wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen aus kurzfristigen, eigennützigen Motiven vorgenommen werden, unser aller Aufgabe (4).

Anmerkungen

- *) Die Verfasserin ist Vikarin in Mörfelden, einem Ort, der zu den dem Frankfurter Flughafen am nächsten gelegenen Gemeinden gehört und dessen Bevölkerung sehr aktiv im Widerstand gegen den geplanten Erweiterungsbau ist.
- 1) Nach Aussage von Reinhold Müller ist eine geringfügige Kapazitätserweiterung durch den Bau der Startbahn West nur bei Schönwetterlagen, die einen Sichtanflug erlauben, zu erreichen, weil der zeitliche Abstand von 180 Sekunden zwischen zwei Landungen dann um wenigstens unterschritten werden könnte. Eine Lufthansa-Studie nennt die Zahl 8,7 %, Ted Hooten errechnete eine Kapazitätserweiterung von 5,9 %. Eine Erweiterung dieser Größenordnung würde faktisch zwei bis drei Landungen pro Stunde und damit auch zwei bis drei Starts pro Stunde zusätzlich zu den jetzt möglichen vierzig Starts und Landungen auf den beiden bestehenden Bahnen erlauben.
- Zur Frage der Kapazitätserweiterung des Frankfurter Flughafens durch den Bau der Startbahn West vgl. die Studie von Reinhold Müller: Extensive oder intensive Kapazitätserweiterung des Rhein-Main-Flughafens (Private Studie zum Bau der Startbahn West). Pfarrer Müller, ehemaliger Flugzeugführer, erstellte diese Studie in Übereinstimmung mit Flugkapitän G. Schattner und Flugzeugführer a. D. Reinhard Jahn (Die Studie kann bei Interesse beim Verfasser angefordert werden: Moritz-von-Schwind-Str. 11, 6090 Rüsselsheim).
- 2) Siehe den Brief von Peter Härtling an Willy Brandt: Gegen die regierende Unvernunft, Frankfurter Rundschau

vom 4.11.1980.

- 3) Vgl. dazu Jürgen Ebach: Die Erschaffung des Menschen als Bild Gottes. Überlegungen zur Anthropologie im Schöpfungsbericht der Priesterschrift, in: Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft, 1977, S. 198 - 214.
- 4) Daß die ökologische Krise und die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in einem sachlichen Zusammenhang stehen, hat Helmut Gollwitzer: Die kapitalistische Revolution, München 1974, aufgezeigt. Ein Ausweg aus der ökologischen Krise, die durch den Kapitalismus verursacht wird, ist nur möglich, wenn wir uns eine sozialistische Alternative zum Ziel setzen.

Siegfried Katterle

PROBLEME DER VOLLBESCHÄFTIGUNG IN DEN 80ER JAHREN

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Seit mehreren Jahren liegen pessimistische Arbeitsmarktprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute vor, die in den 80er Jahren eine Zunahme der unbeschäftigten Erwerbspersonen (registrierte Arbeitslose + "stille Reserve" der nicht registrierten Arbeitskraftanbieter) auf 2,6 bis 3 Millionen Personen erwarten, sofern keine wirksamen beschäftigungspolitischen Gegenmaßnahmen ergriffen werden (1).

Die jüngste alarmierende Entwicklung am Arbeitsmarkt - 1,1 Millionen registrierte Arbeitslose Ende Dezember 1980, 1,3 Millionen registrierte Arbeitslose Ende Januar 1981; zu diesen Zahlen muß jeweils eine "stille Reserve" von mehr als 600 000 Personen hinzugezählt werden - bestätigt leider diese für die 80er Jahre befürchtete Entwicklung. Für das Jahr 1981 werden erheblich steigende Arbeitslosenzahlen erwartet; die Bundesregierung rechnet im Jahreswirtschaftsbericht mit einem Jahresdurchschnitt von 1,2 Millionen registrierten Arbeitslosen gegenüber einem Jahresdurchschnitt von 890 000 in 1980. Die Situation ist gekennzeichnet durch einen weltweiten Abwärtstrend der Konjunktur, durch das Einrücken geburtenstarker Jahrgänge aus dem Bildungssystem auf den Arbeitsmarkt und durch das nach privatwirtschaftlichen Rationalisierungskriterien ge-

lenkte Vordringen neuer Technologien, die auf absehbare Zeit eine große Zahl von Arbeitsplätzen vernichten.

Diese aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt kennzeichnet aber nicht etwa den Beginn einer Beschäftigungskrise. Vielmehr besteht diese Beschäftigungskrise schon seit 1974. Denn trotz einer mehrjährigen konjunkturellen Erholung der Wirtschaft nach der Krise 1974/75 konnte seither nie mehr Vollbeschäftigung erreicht werden. Die Zahl der unbeschäftigten Erwerbspersonen (registrierte Arbeitslose + stille Reserve) beträgt seit 1975 1,5 bis 1,6 Millionen Menschen.

Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit setzt sich immer stärker eine Strukturierung, ein bestimmtes Verteilungsmuster der Arbeitslosigkeit, durch. Einzelne Gruppen von Arbeitskraftanbietern mit bestimmten demographischen oder sozialen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, gesundheitlicher Status, berufliche Qualifikation, sind überproportional häufig und überproportional lange arbeitslos. Die Arbeitsmarktsituation ermöglicht den Unternehmen eine verschärfte personalpolitische Auslese, wodurch Gruppen von Arbeitssuchenden, die als minder leistungsfähig eingeschätzt werden, dauerhaft diskriminiert werden. Dadurch wächst der Anteil sogenannter Problemgruppen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen: Beispielsweise stieg der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von 24 v. H. im Jahr 1976 auf 35 v. H. in 1980; der Anteil der Arbeitslosen im Alter von 55 bis 60 Jahren stieg von 6 v. H. in 1976 auf 12 v. H. in 1980.

Anhaltend hohes Niveau und zunehmende Strukturierung der Arbeitslosigkeit werden gelegentlich - nach dem Land, in dem diese Entwicklung am stärksten fortgeschritten ist - als "Amerikanisierung" des Arbeitsmarktes bezeichnet; damit ist zugleich angedeutet, daß eine solche Entwicklung einen erheblichen sozialen Sprengstoff enthält. In einem Argumentationspapier der IG Metall heißt es richtig, daß die absehbare arbeitsmarktpolitische Situation "sozialen Sprengstoff in einer für die Nachkriegszeit neuen Größenordnung aufzuhäufen droht" (2).

Wirtschaftspolitische Perspektiven

Diese Beschreibung der Situation und der Zukunftsperspektive des Arbeitsmarkts zeigt, daß offenbar ein erheblicher beschäftigungspolitischer Handlungsbedarf auf Seiten der Träger der Wirtschaftspolitik besteht. Die Regelungen von Bund und Ländern und die Bundesbank sind aber

gegenwärtig nicht bereit, und sie glauben sich nicht in der Lage, diesem Handlungsbedarf nachzukommen.

Die Bundesbank sieht sich aus außenwirtschaftlichen Gründen - wegen der sehr hohen Zinsen des stärker inflationierenden Auslands und um Kapitalabflüsse zu vermeiden - veranlaßt, an ihrer binnenwirtschaftlich falschen, konjunkturwidrigen Hochzinspolitik festzuhalten. Der Bundesfinanzminister hat seine Haushaltsrede vor dem Deutschen Bundestag mit der Erklärung eröffnet, daß "wir wohl Abschied nehmen müssen von der Vorstellung, als ob es immer unvermindertes, auf materiellen Verbrauch zielendes Wachstum geben könnte, als ob es auf einem hohen Wohlstandssockel ganz selbstverständlich wäre, Vollbeschäftigung zu erreichen" (3).

Die staatlichen Instanzen scheinen sich auf eine hohe Dauerarbeitslosigkeit in den 80er Jahren einzustellen, die sie als unvermeidlich ansehen, weil die früher gewohnten Wachstumsraten des Sozialprodukts nicht mehr erreichbar sind. Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes ("Vollbeschäftigung"), das zu verfolgen die staatliche Wirtschaftspolitik durch das Gesetz zur Sicherung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verpflichtet ist, wird aufgegeben, und die dem Vollbeschäftigungsziel entsprechenden wirtschaftspolitischen Strategien, die unser Grundgesetz ermöglicht, werden abgelehnt.

Diese Abkehr zeigt sich darin, daß die Bundesregierung zu einer konservativen Haushaltspolitik zurückkehrt, wie sie die Opposition im Bundestagswahlkampf gefordert hat. Die Förderung zusätzlicher, strukturpolitisch gezielter und beschäftigungswirksamer öffentlicher Ausgabenprogramme - wie sie vom Deutschen Gewerkschaftsbund und von Teilen der SPD gefordert werden und wie sie seitens der Wissenschaft etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die Arbeitsgruppe "Alternative Wirtschaftspolitik" empfehlen - wird mit Sparparolen zurückgewiesen. Eine große Tageszeitung schrieb über den Entwurf des Bundeshaushalts 1981, daß "durch diesen Verzichtshaushalt durchaus ein 'Hauch von Brüning' zieht" (4).

Das gleiche Bild bietet sich auf der Ebene der Bundesländer, wo die Regierungen ebenfalls krampfhaft Anstrengungen zur angeblich notwendigen Konsolidierung ihrer Haushalte unternehmen. Die Philosophie des Verzichtens, die dazu gepredigt wird, geht freilich in erster Linie zu Lasten sozial schwacher Gruppen. So wurde von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens u. a. der Einstellungstermin

in den Vorbereitungsdienst für Lehrer um ein weiteres halbes Jahr hinausgeschoben. Die von dieser Entscheidung betroffenen Anwärter warten bereits seit einem Dreivierteljahr auf ihre Einstellung und sind seither arbeitslos und in der Regel auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Den Betroffenen werden damit in einer für sie nicht einsehbaren Weise soziale Härten auferlegt, die sie deprimieren und den Mut zur Zukunft mindern.

Trotzdem sind sich die Länderregierungen mit der Bundesregierung darin einig, keine zusätzlichen beschäftigungswirksamen Ausgabenprogramme vorzulegen. Für zusätzliche Konjunkturprogramme, so wird immer wieder behauptet, gebe es derzeit weder Anlaß noch Handlungsspielraum (5).

Warum wird der Anlaß, der doch offenkundig zu sein scheint, bestritten, und warum wird ein Handlungsspielraum verneint?

Kein Anlaß zu beschäftigungssichernder Finanzpolitik?

Die Bundesregierung, äußerte der Bundeswirtschaftsminister, stimme mit den Unternehmerverbänden darin überein, daß es für eine befriedigende gesamtwirtschaftliche Entwicklung ganz besonders auf maßvolle Lohnabschlüsse ankomme. Die Regierung ist demnach nicht gewillt, eine beschäftigungspolitische Mitverantwortung zu übernehmen. Sie entzieht sich ihrer gesetzlich formulierten Verpflichtung, die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen so zu treffen, daß sie zu einem hohen Beschäftigungsstand beitragen, und möchte den nichtstaatlichen gesellschaftlichen Kräften, den Tarifparteien (konkret: den Gewerkschaften), die Alleinverantwortung für den Beschäftigungsstand zuschreiben ("Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos").

Zur Rechtfertigung dieses Vorhabens wird darauf hingewiesen, daß niedrige Lohnabschlüsse die Kosten-/Erlösrelationen der Unternehmen günstiger gestalten. Höhere Gewinne würden die Investitionsbereitschaft der Unternehmer verbessern; durch höhere Investitionen würden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und das Ziel des hohen Beschäftigungsstandes besser erreicht. Folglich sei es Sache der Gewerkschaften, durch lohnpolitische Zurückhaltung die Rentabilität unternehmerischer Betätigung zu erhöhen und damit - gemäß der Losung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - "mehr Produktion rentabel zu machen" und einen höheren Beschäftigungsstand zu ermöglichen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen

Landtag, Kurt Biedenkopf, hat deshalb jüngst einen Verzicht auf Lohnerhöhung empfohlen: "In einer Zeit, in der so viele Menschen ohne Arbeit sind, ist für einkommenspolitische Umverteilungsziele kein Raum"; dagegen würde ein Lohnverzicht Signale für die dringend nötigen Investitionen setzen (6).

Tatsächlich war jedoch die gewerkschaftliche Lohnpolitik seit 1975 zurückhaltend. Die (beschäftigungsstrukturbereinigte) Lohnquote - das Maß für den Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Volkseinkommen - wurde dadurch bis 1979 auf einen Wert zurückgeführt, der dem Wert vom Anfang der 70er Jahre entsprach, einer Verteilungsrelation also, zu der damals Vollbeschäftigung erreicht wurde. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat denn auch in seinem Jahresgutachten 1979 festgestellt, daß ein Korrekturbedarf von der Lohnseite nicht bestehe (7). Ein Mitglied des Sachverständigenrats, Werner Glastetter, hat diese Feststellung in seinem Minderheitsvotum zum Jahresgutachten 1980 dahingehend ergänzt, "daß die Arbeitnehmer in den zurückliegenden Jahren verteilungspolitisch Vorleistungen erbracht haben, während der ohnehin geringe beschäftigungspolitische Erfolg nun bereits wieder verloren zu gehen droht" (8). Überdies sind die bisher von Gewerkschaften artikulierten Lohnforderungen für 1981 nicht auf "einkommenspolitische Umverteilungsziele" ausgerichtet; sie orientieren sich vielmehr am Produktivitätsfortschritt und an der erwarteten Inflationsrate. Sie enthalten also keinen Umverteilungsanspruch, sondern sind darauf gerichtet, eine Verschlechterung der Verteilungsposition der abhängig Beschäftigten durch eine weitere Umverteilung zugunsten der Unternehmereinkommen zu verhindern.

Der ganze Gedankengang, mit dem ich mich hier auseinandersetze, sieht die Löhne und Gehälter nur unter dem betrieblichen Kostenaspekt (je niedriger die Lohnabschlüsse, desto günstiger das Kostenniveau der Betriebe); er sieht sie nicht unter dem gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Nachfrageaspekt. Ein sinkendes Realeinkommen der Lohnempfänger würde aber dazu führen, daß sie ihre Nachfrage nach Konsumgütern einschränken (müssen). Wird die Nachfrage eingeschränkt, so benötigen die Unternehmer weniger Arbeitskräfte, um die verringerte Nachfrage zu befriedigen. Sie haben also infolge der unbefriedigten Absatzerwartungen gar keinen Anlaß, Erweiterungsinvestitionen durchzuführen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die betriebliche Kosten-/Erlösrelation setzt sich eben aus zwei Größen zusammen. Gerade bei Unterauslastung

der vorhandenen Kapazitäten infolge zu geringer Nachfrage und bei pessimistischer Einschätzung der künftigen Nachfrageentwicklung werden sich potentielle Investoren in ihren Erweiterungsplänen zurückhalten, und dies auch dann, wenn in der aktuellen Situation hohe Gewinne erzielt werden und niedrige Kreditzinsen gelten.

Die Gewerkschaften können also die ihnen von der Regierung angesonnene Rolle, durch lohnpolitische Zurückhaltung den konjunkturellen Aufschwung und einen hohen Beschäftigungsstand herbeizuführen, nicht übernehmen. Ein Einkommensverzicht der Lohnempfänger wäre funktionslos. Die Lohnabschlüsse sind gegenwärtig nicht das Entscheidende. Es besteht also durchaus Anlaß, daß die Regierung ihre beschäftigungspolitische Verantwortung durch eine aktive Finanzpolitik wahrnimmt.

Kein Handlungsspielraum für eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik?

Aber selbst wenn der Anlaß eingeräumt wird, wird des weiteren behauptet, es bestehe für die Regierung kein Handlungsspielraum, um dem Erfordernis einer beschäftigungssichernden Finanzpolitik nachzukommen. Die Höhe der öffentlichen Verschuldung - insgesamt etwa 450 Mrd. DM, davon die Hälfte Verbindlichkeiten des Bundes - erfordere zwingend einen Abbau der Neuverschuldung als Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Während die Regierungsparteien noch im Wahlkampf das Niveau der öffentlichen Verschuldung und den Umfang der jährlichen Neuverschuldung mit den Argumenten verteidigten, vorhandene Kapazitäten seien durch zusätzliche öffentliche Nachfrage sinnvoll zu nutzen, Arbeitsplätze seien zu erhalten und neu zu schaffen und Wachstumschancen seien zu verbessern, kam die Bundesregierung mit ihrem neuen Haushaltsentwurf, in dem sie rigorose Ausgabenbegrenzungen durchsetzte, der Kritik der Opposition weit entgegen.

Diese Kritik behauptet bekanntlich, unsere öffentliche Verschuldung sei Ausdruck unsoliden Finanzgebarens; wir lebten über unsere Verhältnisse auf Kosten künftiger Generationen (Tatarennachrichten des Inhalts, ein Staatsbankrott und eine Währungsreform stünden bevor, werden nach der Hektik des Wahlkampfs nicht mehr wiederholt).

Dieser Kritik gegenüber muß man darauf hinweisen, daß es keine objektiven Kriterien für eine "richtige" oder "vertretbare" Grenze der öffentlichen Verschuldung gibt. In einer entwickelten Industriegesellschaft muß die öffentliche Hand in großem Umfang komplementäre öffentliche Gü-

ter bereitstellen, die Voraussetzung für privatwirtschaftliche Aktivitäten sind; ohne eine komplexe öffentliche Infrastruktur - z. B. funktionierende Verkehrswege- und Nachrichtennetze - ist die private Wirtschaft nicht existenzfähig. Darüber hinaus befriedigen haushaltsorientierte Infrastrukturgüter - etwa im Sozial- und im Bildungswesen - unmittelbar Bedürfnisse der Bürger. Nur reiche Leute können sich einen sparsamen Staat leisten! Nur wer sich ein privates Schwimmbad bauen und unterhalten kann, verzichtet leicht auf das öffentliche Schwimmbad; nur wer private Nachhilfestunden für seine Kinder finanzieren kann, erfährt keine Nachteile durch das Fehlen von Ganztagschulen. Durch derartige öffentliche Vorsorge leben wir nicht auf Kosten unserer Kinder, vielmehr stehen die öffentlichen Investitionen der kommenden Generation ebenfalls zur Nutzung zur Verfügung.

Öffentliche Investitionen sind also - entgegen einem konservativen Vorurteil - ebenso produktiv wie die privaten; daher können sie ebenso wie die privaten Investitionen mit Krediten finanziert werden. Unser Grundgesetz läßt deshalb in Art. 115 eine Kreditaufnahme des Staates in Höhe seiner Investitionsausgaben zu. Diese Begrenzung wird ausdrücklich aufgehoben und darf überschritten werden zum Zweck der "Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts", d. h. zur Abwehr einer krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft.

In solchen Situationen, in denen die Privaten wegen pessimistischer Zukunftserwartungen ihre Investitions- und Konsumnachfrage zurückhalten, ist Bund und Ländern aufgegeben, "bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen" (Art. 109 GG), d. h., durch höhere Verschuldung die volkswirtschaftlichen Ersparnisse kompensatorisch aufzunehmen, sie in Nachfrage umzusetzen und damit die Beschäftigung zu stabilisieren. Es gibt gute Argumente für die Vermutung, daß die Neuverschuldung der öffentlichen Hand in den letzten Jahren nicht etwa zu hoch war, sondern "daß der Staat gerade in den zurückliegenden Jahren die Verschuldung nie so weit ausdehnte, wie es konjunkturgerecht gewesen wäre" (9).

Eine Drosselung der öffentlichen Ausgaben in einer konjunkturschwachen Situation wird auch die Defizite künftiger Haushalte nicht vermindern, sondern erhöhen. Eine Drosselung der öffentlichen Ausgaben verstärkt die Krisentendenzen und führt zu höheren künftigen Haushaltsdefiziten infolge des Ausfalls von Steuereinnahmen bei gleichzeitig notwendigen höheren Ausgaben für Soziallei-

stungen. Deshalb weisen die Kritiker der gegenwärtig praktizierten Finanzpolitik darauf hin, daß die von ihnen empfohlenen Ausgabenprogramme sich in erheblichem Umfang selbst finanzieren würden: durch Ausgabenminderungen für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe einerseits und durch höhere Steuereinnahmen andererseits.

Ein Problem für die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Staates könnte allerdings infolge der mit steigender Verschuldung wachsenden Zinslastquote der öffentlichen Hand entstehen. Diese Zinslastquote beträgt gegenwärtig 6 v. H., d. h., von jeder Mark, die der öffentliche Gesamthaushalt einnimmt, müssen 6 Pfennige für die Verzinsung der öffentlichen Schuld ausgegeben werden. Die aktuelle Höhe dieser Zinsquote ist also unbedenklich. Eine langfristig steigende Zinsquote würde allerdings bedeuten, daß die expansiven Effekte einer zunehmenden Kreditfinanzierung immer geringer werden und der konjunkturpolitische Handlungsspielraum der Regierung entsprechend eingeengt wird. Daß eine derartige problematische Situation auf lange Sicht nicht ausgeschlossen werden kann, könnte Anlaß für die Empfehlung geben, die Regierung sollte entweder verstärkt auf die ökonomisch sinnvolle und rechtlich mögliche zins- und tilgungsfreie Finanzierung der Staatsschuld durch die Bundesbank drängen, oder sie sollte - analog den ständigen Mahnungen an die Gewerkschaften zu lohnpolitischer Zurückhaltung - gegenüber dem Bankensektor auf eine "zinspolitische Zurückhaltung" der Banken bei der Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgabenprogramme "im gesamtwirtschaftlichen Interesse" drängen. Zinspolitische Zurückhaltung könnte den Banken auch als gesetzliche Verpflichtung auferlegt werden, einen bestimmten Teil ihrer Termin- und Spareinlagen in niedrig verzinslichen Staatsschuldpapieren anzulegen.

Ausweitung der öffentlichen Ausgaben zur Überwindung der Beschäftigungskrise und zur Gestaltung eines qualitativen Wachstums

Auch die Behauptung, es gebe keinen Handlungsspielraum für eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik, muß also zurückgewiesen werden. Die gebetsmühlenhaften Beteuerungen von Regierungsmitgliedern, es werde keine neuen Ausgabenprogramme geben, erweisen sich als "ideologische Selbstblockade" der Wirtschaftspolitik, wie der SPD-Politiker Wolfgang Roth schrieb (10).

Im Mittelpunkt einer Politik zur Überwindung der Beschäftigungskrise muß demnach die Ausweitung der öffentlichen Ausgaben stehen. Das im letzten Jahr ausgelaufene "Zukunfts-

investitionsprogramm" - ein Programm zusätzlicher öffentlicher Ausgaben von Bund und Ländern im Umfang von 16 Mrd. DM, das von 1977 bis 1980 abgewickelt wurde - sollte nach weit gesteckten gesellschaftspolitischen Zielen neu formuliert werden, und mit der Umsetzung sollte alsbald begonnen werden. Die Beteiligung der Kommunen an der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms war sehr intensiv; vielfach wurden mehr kommunale Investitionsanträge gestellt, als im Finanzrahmen des Programms bewilligt werden konnten. Die immer wieder aufgestellte Behauptung der Bedarfssättigung im öffentlichen Infrastrukturbereich ist damit widerlegt; im Gegenteil deutet alles auf erhebliche, noch nicht befriedigte öffentliche Bedürfnisse der Bürger hin.

Dazu sei beispielhaft genannt die Fortführung und Intensivierung des *Heizenergie-Einsparungsprogramms* im Wohnungsbau durch Förderung der Wärmedämmung, Förderung der Installation von (gas- oder dieselgetriebenen) Wärmepumpen, Förderung der Fernwärme und der Wärmerückgewinnung. Mit Recht hat die "Parlamentarische Linke" der SPD-Bundestagsfraktion auf "die Chancen für eine Vollbeschäftigung, die sich aus einer vernünftigen Energiepolitik, insbesondere einer Energieeinsparungspolitik unter der Zielsetzung 'weg vom Öl' ... ergeben", hingewiesen (11). Dies wäre ein energiepolitisches Programm, das viel beschäftigungswirksamer wäre, als die von der Bundesregierung beabsichtigte Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens im Kernkraftwerksbau. (Die Ankündigung dieser Absicht hat den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion im Landtag von Schleswig-Holstein, Klaus Matthiesen, veranlaßt, der Bundesregierung und dem sozialdemokratischen Bundeskanzler eine "energiepolitische Koalition mit der CDU" vorzuwerfen, die den Parteitagsbeschlüssen der SPD - Vorrang für die Kohle und den Bau umweltschonender Kohlekraftwerke mit Wärme-Kraft-Koppelung, energische Energieeinsparung, Entwicklung alternativer Energien, Kernenergie nur zur Restbedarfsdeckung - widerspricht: "Dieses Auseinanderklaffen von Zielsetzungen der Partei und praktischem Handeln muß die SPD Glaubwürdigkeit und damit Überzeugungsfähigkeit kosten") (12).

Ferner bedarf es im *Wohnungsbau* aus sozialpolitischen Gründen dringend öffentlicher Impulse zur Erhöhung des Mietwohnungsbaus in Ballungsgebieten. Während Baukapazitäten nachfragebedingt brachgelegt werden und ein erheblicher Personalabbau im Baugewerbe ansteht, staut sich in den Großstädten infolge des Mangels an preiswerten Mietwohnungen sozialer Sprengstoff an. Die derzeit praktizierte massierte Wohnungseigentumsförderung kommt über-

wiegend Beziehern höherer Einkommen zugute und fördert den Bau von Einfamilienhäusern auf dem Lande, wo es nicht an Wohnraum mangelt. Diese Subventionierung der Bezieher höherer Einkommen sollte umgeschichtet werden zugunsten der Finanzierung von Programmen des sozialen Wohnungsbaus, die eine bessere Wohnungsversorgung einkommensschwacher Schichten und kinderreicher Familien in den großen Städten bezwecken. Aus energiepolitischen wie aus umweltpolitischen Gründen muß ferner der *Nahverkehr* umstrukturiert werden. Diese Aufgabe betrifft den Bau von Radwegenetzen und die Schaffung verkehrsberuhigter Wohnbereiche ebenso wie den Ausbau der Bundesbahn zu einem umfassenden Transportunternehmen mit erheblich ausgedehntem Dienstleistungsangebot. In erheblichem und teilweise gesellschaftspolitisch gefährlichem Umfang bestehen schließlich Defizite der Versorgung im Bereich der *Humandienste* (Jugendarbeit, Altenhilfe, Behindertenhilfe, Betreuung Drogenabhängiger, Resozialisierung Straffälliger, schulische und außerschulische Betreuung der Kinder von Gastarbeitern, Frauenhäuser u. a.). Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Behinderten werden die Gelder für den Ausbau gemeindenaher, ambulanter Behandlungs- und Betreuungszentren für Behinderte gekürzt!

Derartige Ausgabenplanungen (13) sollten in ein mittelfristig ausgerichtetes beschäftigungssicherndes und bedarfsorientiertes *Zukunftsprogramm für die 80er Jahre* eingebunden werden, für das nach vorliegenden Berechnungen ein ungefähres Volumen von 200 Mrd. DM vorzusehen wäre. Ein Programm etwa dieses Umfangs wird vom DIW und von der Arbeitsgruppe "Alternative Wirtschaftspolitik" seit mehreren Jahren vorgeschlagen (14).

Die oben gegebenen Beispiele machen klar, daß mit einem solchen Zukunftsprogramm nicht eine globale, ungezielte Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch kurzfristige Konjunkturprogramme angestrebt würde, wie der Bundeswirtschaftsminister seinen Kritikern unterstellt. Vielmehr geht es um eine *strukturpolitisch gezielte Entwicklung gesellschaftlich wichtiger Bereiche*. Ein Programm der gekennzeichneten Art würde also dem Anpassungsdruck, unter dem unsere Volkswirtschaft steht, Rechnung tragen und wäre zugleich das nötige *politische Führungsinstrument für die vorausschauende Gestaltung dieser Anpassung* zur Durchsetzung eines neuen qualitativen Wachstums, das Vollbeschäftigung und bessere Lebensqualität bei vermindertem quantitativem Wachstum ermöglicht. Die Vereinbarung preispolitischer und beschäftigungspolitischer Leitlinien zwischen Wirtschaftsministerium bzw. Bundesanstalt für Arbeit und den Wirtschaftsverbänden, deren Unternehmen

über monopolistische Preissetzungsspielräume verfügen, müßte dabei sichern, daß die öffentlichen Nachfrageimpulse zu den gewünschten Produktions- und Beschäftigungsausweitungen führen und nicht etwa nur zu Preis- und Gewinnerhöhungen der Unternehmen.

Arbeitszeitverkürzung als unterstützende Maßnahme

Als unterstützende Maßnahme eines solchen an gesellschaftlichen Beschäftigungs- und Versorgungszielen orientierten Programms wäre an Arbeitszeitverkürzungen zu denken. Hier erscheint vor allem eine Novellierung der aus dem Jahr 1938 stammenden Arbeitszeitverordnung wünschenswert, die noch eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden als Regelarbeitszeit vorsieht und eine Ausweitung durch Überstunden ohne nennenswerte Beschränkungen möglich macht. Gerade bei einem Anziehen der Konjunktur werden von den Unternehmensleitungen Überstunden vor Neueinstellungen bevorzugt, ohne daß Betriebsräte und Gewerbeaufsicht dem begegnen können.

Ein novelliertes Arbeitszeitrecht sollte von der 40-Stunden-Woche ausgehen und den Unternehmen eine begrenzte Zahl von Überstunden zubilligen, über die von den Unternehmensleitungen im Einvernehmen mit dem Betriebsrat verfügt werden kann. Eine über diese Begrenzung hinausgehende Überstundenarbeit sollte nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes möglich sein. Eine solche Regelung könnte regelmäßige Überstundenarbeit abbauen und einen besseren Schutz für die Gesundheit der Arbeitnehmer bringen. Ferner wäre an gezielte Arbeitszeitverkürzungen für gesundheitlich besonders belastete Gruppen von Arbeitnehmern (insbesondere für Schichtarbeiter) zu denken. Dabei könnten die großen öffentlichen Unternehmen (vor allem Bundesbahn und Bundespost) beispielhaft vorangehen.

Anmerkungen

- 1) Siehe darüber in dieser Zeitschrift S. Katterle: Arbeitslosigkeit - ein Zustand, an den wir uns gewöhnen müssen?, Christ und Sozialist 4/1977.
- 2) Für eine Tarifpolitik gesellschaftspolitischer Vernunft und sozialer Verantwortung. Ein Argumentationspapier der IG Metall, Frankfurter Rundschau vom 15.12.1980.
- 3) Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln Nr. 9/1981, S. 1
- 4) R.-D. Schwartz: Abschied von gestern, Frankfurter Rundschau vom 24.1.1981.
- 5) Siehe z. B. "Lambsdorff malt vor Gewerkschaften düstere

res Bild", Frankfurter Rundschau vom 27.1.1981.

- 6) "Biedenkopf für Lohnstopp", Frankfurter Rundschau vom 6.2.1981.
- 7) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Herausforderung von außen. Jahresgutachten 1979/80, Stuttgart 1979, Tz. 338.
- 8) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Unter Anpassungszwang. Jahresgutachten 1980/81, Stuttgart 1980, Tz. 503.
- 9) So W. Glastetter in seinem schon zitierten Minderheitsvotum (Anm. 8), Tz. 505.
- 10) W. Roth: Bretter vor dem Kopf. Massenarbeitslosigkeit durch politische Enthaltensamkeit?, Vorwärts vom 8.1.81.
- 11) Thesenpapier der Parlamentarischen Linken über die Aufgaben der nächsten Jahre, Frankfurter Rundschau vom 24.10.1980.
- 12) K. Matthiesen: Solidarität ist keine Einbahnstraße, Frankfurter Rundschau vom 10.2.1981. Siehe auch den Appell des Kernphysikers D. v. Ehrenstein, der der Energie-Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags angehörte: Brokdorf - unzulässige Mutprobe, Frankfurter Rundschau vom 3.2.1981.
- 13) Ausführliche Untersuchungen über die Möglichkeiten einer beschäftigungssichernden Personalpolitik im öffentlichen Dienst und über den Bedarf an öffentlichen Investitionen in gesellschaftspolitisch wichtigen Bereichen finden sich bei C. Schäfer/H. Tofaute (Hg.): Beschäftigungssichernde Finanzpolitik. Eine Chance für Vollbeschäftigung, Frankfurt 1980.
- 14) Siehe neuerdings: "Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme". Sondermemorandum der Arbeitsgruppe "Alternative Wirtschaftspolitik", Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1980.

Karl Schmidt

EIN WENIG MEHR SOZIALISMUS - EIN WENIG MEHR MENSCHLICHKEIT EIN 79-JÄHRIGER SOZIALDEMOKRAT ERZÄHLT

Vorbemerkung der Redaktion: Dieser Bericht eines Sozialdemokraten der alten Generation ist aus einer Perspektive geschrieben, die die sozialstaatlichen Errungenschaften, die im Laufe dieses Lebens erzielt wurden, sehr wohl als Fortschritte wahrnimmt und in Erinnerung ruft. Junge Menschen werden vielleicht der Meinung sein, daß darüber Pro-

bleme, die sie heute nicht nur privat belasten, sondern die sie in Angst um die Überlebensfähigkeit unserer Gesellschaft bringen (Nord-Süd-Konflikt, Rüstungspolitik, Kernenergiepolitik) zu wenig gesehen werden. Vielleicht kann sich daraus eine Diskussion zwischen den Generationen ergeben, wie wir sie auf unseren Tagungen oft erleben.

Wenn ich in diesen Tagen die Zeitungen lese und in den Medien die Nachrichten sehe und höre, so erkenne ich alles andere als eine heile Welt.

Die außenpolitischen Krisen der letzten Jahre (Nahost, Iran, Afghanistan) beunruhigen ebenso wie die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und die Rohstoffverknappungen unsere Bevölkerung bis hin zur Angst vor Krieg. In der Innenpolitik streiten die Parteien um die bessere Schulpolitik (Gesamtschule). Der Kampf um einen Ausbildungsplatz fängt schon in der Schule an. Arbeiter bangen um ihren Arbeitsplatz und um ihren sozialen Besitzstand; die Rentner sorgen sich um ihre Renten. Man könnte noch vieles erwähnen, wodurch die Menschen in unserer Gesellschaft verunsichert sind. Viele Mitbürger sind daher politisch passiv; junge Leute haben Angst um ihre Zukunft (fehlende Ausbildungsplätze, Arbeitslosigkeit, Berufsverbote), manche resignieren oder brechen aus in aussichtslose Randgruppen.

Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf schürten die CDU/CSU und besonders ihr Kanzlerkandidat diese Unsicherheit. Sie putschten tief sitzende Ängste vor Inflation auf und malten eine nahe bevorstehende Währungsreform aus. Sie warfen der SPD vor, sie strebe nach immer mehr Sozialismus und bringe damit den Bürgern Unfreiheit. Dabei ver-teufelten sie den demokratischen Sozialismus, indem sie ihn böswillig mit dem totalitären Staatssozialismus in der UdSSR und den Ländern des Ostblocks gleichsetzten.

Was aber bei uns in den letzten Jahrzehnten auf gesellschaftspolitischem Gebiet erreicht wurde, kann ruhig als ein Stück Sozialismus bezeichnet werden. Dank der fortschrittlichen Kräfte in Gewerkschaften und Parteien wurden Fortschritte auf vielen Gebieten erreicht, die unsere Gesellschaft menschlicher gemacht haben und in denen man ein Stück Sozialismus sehen kann. Aber wir haben uns an diese Veränderungen gewöhnt und bemerken gar nicht mehr, daß da vielfach Ungleichheit abgebaut wurde und Chancen für die Selbstverwirklichung geöffnet wurden. Deshalb will ich versuchen, diese Fortschritte anhand einiger Erinnerungen aus meinem Leben zu veranschaulichen.

Ich bin im Jahre 1901 geboren und hatte noch eine ältere Schwester und zwei jüngere Brüder. Meine Eltern waren einfache Leute. Der Vater war Buchdrucker und aktiver Gewerkschafter. Die Mutter mußte durch Näharbeiten dazuverdienen, weil der Lohn des Vaters nicht ausreichte. Das war in den meisten Arbeiterfamilien so. Während mein Vater in der marxistischen Tradition der Sozialdemokratie Religion und Kirche als "Opium des Volkes" ablehnte, war meine Mutter von ihrer Erziehung her religiös gebunden, dabei aber kirchenkritisch eingestellt. Ich erinnere mich, daß sie sagte: "Wenn ich so viel Mittel hätte wie die Kirche, könnte ich mehr in der Arbeiterwohlfahrt tun." Sie arbeitete aktiv in der Arbeiterwohlfahrt und in der SPD. Bei kirchlichen Wahlen warb sie für die Religiösen Sozialisten, und ich erinnere mich, daß Erwin Eckert, der Vorsitzende des Bundes der religiösen Sozialisten, sie in den zwanziger Jahren besuchte. Von 1920 bis 1933 war meine Mutter für die SPD Mitglied im Rat unserer Stadt; sie war die erste Frau, die in diesen Rat gewählt wurde.

Meine Geschwister und ich besuchten die Volksschule; etwas anderes kam für uns nicht infrage. Eine höhere Schule war wohl am Ort, und in jedem Jahr konnten zwei oder drei Schüler auf Empfehlung des Lehrers eine Freistelle für die höhere Schule bekommen, d. h. sie waren vom Schulgeld befreit. Aber die Ausgaben für Lernmittel mußten die Eltern tragen. Daher konnten viele trotz Befähigung und Empfehlung die Freistelle nicht annehmen. Inzwischen haben wir durch Schulgeld- und Lernmittelfreiheit den Anfang gemacht, um Arbeiterkindern den Zugang zu weiterführenden Schulen zu ermöglichen. Übrigens besuchten damals die Kinder aus besser gestellten Familien die Vorklassen des Gymnasiums, damit sie nicht in der Volksschule gemeinsam mit den Kindern aus der Unterschicht erzogen wurden. Als 1920 die Vorschulen der Gymnasien abgeschafft und die allgemeine Grundschule eingeführt wurde, wurde diese Reform von den konservativen Nutznießern der Bildungsprivilegien ebenso als "sozialistische Einheitsschule" bekämpft wie heute die gemeinsame Erziehung der Kinder in der Orientierungsstufe und in der Gesamtschule.

Mit 14 Jahren kam ich aus der Schule und suchte eine Lehrstelle. Kleine Handwerksbetriebe gab es nur wenige am Ort, und die nahmen meist die eigenen Söhne in die Lehre. So kamen nur einige große Fabriken am Ort infrage. Aber da wurde man nur als Lehrling eingestellt, wenn der Vater schon im Betrieb arbeitete oder wenn man sonst eine Protektion fand. Beides traf für mich nicht zu, und da Krieg war, mußte ich froh sein, daß ich in einer Maschinenfabrik wenigstens einen Arbeitsplatz im technischen Büro erhielt.

Ich wollte Schlosser oder Dreher werden und hoffte, daß ich vielleicht im folgenden Jahr einen Ausbildungsplatz finden würde. Aber der Krieg dauerte länger, und mein Wunsch erfüllte sich nicht. Ich habe wohl später als technischer Zeichner gearbeitet, aber ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung. Nur durch den Besuch von Abendkursen und durch Fleiß konnte ich berufliche Anerkennung finden.

Der Krieg ging endlich 1918 nach bitteren Entbehrungen zuende. Es kam die Revolution, die Monarchie wurde gestürzt und die Republik ausgerufen. Eine demokratische Verfassung mit parlamentarischem System wurde geschaffen. Einige politische und gewerkschaftliche Forderungen der Arbeiterklasse wurden nun durchgesetzt: Allgemeines und gleiches Wahlrecht einschließlich des Frauenwahlrechts, Koalitionsfreiheit, Streikrecht, Recht zur Bildung von Betriebsräten, 48-Stunden-Woche und 8-Stunden-Arbeitstag.

Nachdem die Sozialdemokratie sich als erste Partei für die Gleichberechtigung der Frau eingesetzt hatte (Bebels Buch "Die Frau und der Sozialismus"), wurden in der Weimarer Verfassung die gleichen staatsbürgerlichen Rechte für die Frau gewährleistet. Nach dem zweiten Weltkrieg war es dann wieder eine Sozialdemokratin, Elisabeth Selbert, die erreichte, daß im Grundgesetz die soziale Gleichberechtigung von Männern und Frauen durchgesetzt wurde. Für die Verwirklichung dieser Verfassungsbestimmung kämpften Gewerkschaften und Frauenvereinigungen bis heute. Ein langer Marsch. ...

Wie lange und schwierig war auch der Weg vom Betriebsrätegesetz der Weimarer Republik mit seinen schwachen Rechten zu der wesentlich stärkeren Position der betrieblichen Interessenvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und zur Demokratisierung der Unternehmensleitungen durch Mitbestimmung. Ich hoffe, daß die neuerlichen Bestrebungen, die in der Montanindustrie verwirklichte paritätische Mitbestimmung abzubauen, durch die solidarische Gegenwehr der Arbeitnehmer abgewendet werden können. Denn diese Mitbestimmung ist das Unterpfand einer sozialistischen Neuordnung der Industrie durch Wirtschaftsdemokratie.

Durch die häufigen Regierungswechsel und durch den fortwährenden Einfluß antidemokratischer, obrigkeitstaatlicher Traditionen konnte eine kontinuierliche Entwicklung in der Zeit der Weimarer Republik nicht gelingen. Die Inflation als Folge der Kriegsfinanzierung und der Niederlage schritt rasend voran. Täglich verlor das Geld an Wert,

und zuletzt waren Milliarden Scheine ein normales Zahlungsmittel. Alles was Wert hatte und was die Bauern brauchen konnten, wurde ihnen gegen Lebensmittel angeboten. Auch der 8-Stunden-Tag und die 48-Stunden-Woche wurden schon in der Wirtschaftskrise von 1923 trotz bestehender Arbeitslosigkeit durch zahlreiche Ausnahmen so durchlöchert, daß bald wieder der zehnstündige Arbeitstag zur Regel wurde. 1923 wurde die Währung stabilisiert und die Reichsmark eingeführt. Wer kein Sachvermögen hatte, verlor alles und mußte von vorn anfangen. Langsam ging es voran; man hatte wieder Arbeit, aber es war eine harte Zeit.

Kaum hatte man sich etwas erholt, brach 1929 die Weltwirtschaftskrise aus. Die Zahl der Arbeitslosen stieg auch in Deutschland von Monat zu Monat und betrug schließlich mehr als 6 Millionen. Auch meine beiden Brüder wurden arbeitslos und wurden von mir finanziell unterstützt, denn das Arbeitslosengeld war damals viel niedriger als heute. Inzwischen war ich verheiratet, und wir erwarteten ein Kind. Ich war seit 1925 als Akkord-Kalkulator eingesetzt. Das war eine unangenehme Arbeit. Man mußte dem Arbeiter die Zeit vorgeben, die er zur Ausführung einer bestimmten Arbeit benötigen durfte. Schon damals wurde der Grund gelegt für intensive Rationalisierungsbestrebungen. Erstmals fanden Refakurse in unserer Firma statt. Die Neuorganisation der Arbeit durch den Taylorismus wurde gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit vorangetrieben.

Die große Zahl der Arbeitslosen verursachte politische Unruhe, und die Bevölkerung radikalisierte sich. Die KPD erhielt Stimmen von Arbeitern, die vorher die SPD gewählt hatten, und die Nazi-Partei bekam starken Zulauf aus dem bürgerlich-nationalistischen Lager (selbständiger Mittelstand, Angestellte, Landbevölkerung). Fast täglich gab es irgendwo im Land politische Ausschreitungen. So kam es 1933 zur Machtergreifung der NSDAP. Die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften wurden verboten. Ihre führenden Persönlichkeiten wurden, soweit sie nicht fliehen konnten, zum Teil verhaftet und in Konzentrationslager verbracht. Die freiheitlichste Verfassung, die Deutschland je gehabt hatte, wurde beseitigt, und viele, die keineswegs Nazis waren, merkten das gar nicht, weil sie die Republik gering geschätzt hatten.

Für mich begann nun eine sehr schwierige Zeit. Einerseits war ich SPD-Mitglied und aktiv gewerkschaftlich tätig gewesen; andererseits wurde meine berufliche Arbeit (Zentralisierung der Arbeitsorganisation, Taylorisierung der Arbeit) vor 1933 von den Nazis als Kulturbolschewismus be-

zeichnet und innerhalb des Betriebes heftig bekämpft (nach 1933 führten sie genau die gleichen Rationalisierungsstrategien in den Betrieben fort). Nur durch äußerste Vorsicht bei meiner Arbeit konnte ich bestehen. Selbstverständlich wurde ich, wie viele andere auch, immer wieder bedrängt, in die Nazi-Partei einzutreten. Durch meine Herkunft aus einer bekannten sozialdemokratischen Familie, meine frühere gewerkschaftliche Betätigung und meine formal unzureichende berufliche Qualifikation (Akkord-Kalkulatoren mußten eine Ausbildung in einem Facharbeiterberuf haben) wurde meine Situation auf die Dauer unhaltbar, und ich mußte 1938 der Nazi-Partei beitreten. Aus dieser bitteren Erfahrung kann ich verstehen, daß sich junge Menschen heute ducken und sich in ihrem politischen und gewerkschaftlichen Engagement zurückhalten, um ihre beruflichen Chancen nicht zu verlieren. Ich hoffe dringend, daß die Behinderungen einer freiheitlichen politischen Entwicklung durch die Gesinnungsprüfungen bei jungen Menschen aufhören.

Nach dem Krieg wurde ich als kleiner Mitläufer entnazifiziert und mußte ein Jahr lang in der fabrikeigenen Gärtnerei arbeiten. Was ich befürchtet hatte, traf nicht ein: ich verlor nicht meinen Arbeitsplatz und konnte anschließend in meinem früheren Beruf weiterarbeiten. Da kam mir die Fairness, die ich im Umgang mit den Arbeitern geübt hatte, zugute. Die Betriebsräte setzten sich für meine Wiedereinstellung ein, und sie hatten damals eine gewichtige Stimme bei der Entscheidung, ob einer wieder eingestellt wurde. - Gerne wäre ich nun auch wieder in meine alte Partei, die SPD, eingetreten. Aber ich fand dazu nicht den Mut und die Unbefangenheit.

1948 kam die zweite Währungsreform. Wieder verloren wir alles Ersparte infolge des Krieges und der katastrophalen Niederlage und mußten von vorne anfangen; mit DM 40,-- waren wir dabei. Die freie Marktwirtschaft wurde eingeführt, die Zwangswirtschaft aufgehoben. Plötzlich wurden Waren aller Art angeboten, die vorher gehortet worden waren. Wer Warenbestände und Sachvermögen hatte, gehörte wieder zu den Inflationsgewinnern, und wir Arbeitnehmer waren die Dummen. Das wurde mir durch ein Erlebnis anschaulich: Als 1945 die amerikanische Armee unsere Stadt einnahm, geriet ein Geschäftshaus in Brand. Die Werkfeuerwehr, bei der ich damals eingesetzt war, wurde zum Löschen herangezogen. Als der Brand gelöscht war, war der Geschäftsinhaber so glücklich, daß er uns aus seinem Warenlager einen Gebrauchsartikel zur freien Wahl überließ. Wir sahen ein großes Lager, bis zur Decke gefüllt mit Waren, die es schon lange nicht mehr zu kaufen gab. Ich nahm

eine Handsäge mit, die ich nötig brauchte, um das Holz für die Heizung sägen zu können.

Selbstverständlich mußte die gewerkschaftliche Politik in der Zeit der Nachkriegsprosperität in erster Linie darauf gerichtet sein, höhere Löhne für die Arbeitnehmer durchzusetzen. Doch wurden auch in dieser Zeit neben den quantitativen Verbesserungen bedeutende qualitative Fortschritte in der sozialen Sicherung erzielt. Ich denke vor allem an die Lohnfortzahlung auch für Arbeiter im Krankheitsfall, die 1956/57 durch einen sechszehn Wochen dauernden Streik der IG Metall erkämpft und schließlich 1969 gesetzlich geregelt wurde. Ein bedeutender sozialer Fortschritt war die Rentenreform nach der Idee des Generationenvertrages (Solidarität zwischen den Generationen), die viele alte Menschen aus der früher bei Rentnern verbreiteten drückenden Armut befreit hat. Die arbeitsrechtliche Sicherung der betrieblichen Altersrenten (insbesondere auch bei Insolvenzen), die 1974 durch die Regierung der sozial-liberalen Koalition geschaffen wurde, hat die betrieblichen Renten aus einer für die Unternehmensfinanzierung vorteilhaften freiwilligen Leistung der Unternehmer zu einem mit sozialstaatlichen Pflichten verbundenen Instrument der sozialen Sicherung gemacht.

Wir Alten nehmen diese Fortschritte sehr wohl wahr, denn wir haben die Möglichkeit, die Zeiten vor 50 und 60 Jahren mit den heutigen zu vergleichen. Wir erkennen auch, daß wir uns wohl dem Ende des Wachstums und der daraus fließenden Wohlstandssteigerung nähern. Deshalb ist es wichtig, daß heute für qualitative Fortschritte gekämpft wird ("Humanisierung der Arbeit") und daß Werte wiederentdeckt werden, die in der Wirtschaftswunder-Phase verschüttet wurden.

Ich habe in meinem Leben immer geglaubt, daß sich der soziale Fortschritt und der Sozialismus langsam entwickeln (Günther Grass: "Der Fortschritt ist eine Schnecke"). Vieles, was ich erlebt habe, bestätigt diesen Gedanken. Mein Wunsch ist, daß viele der jungen Menschen, die meinen, sie könnten nichts verändern und die frustriert aussteigen oder sich entmutigt anpassen, die Hoffnung auf eine sozialistische Evolution wiederfinden und aus ihr die Kraft gewinnen, durch solidarischen Kampf dem Ziel dieser Hoffnung, einer besseren Gerechtigkeit unter den Menschen, näherzukommen.

ALTE MENSCHEN SIND ANDERS

Es gibt in unserer die Jugend verherrlichenden Gesellschaft ein Klischee vom alten Menschen: Passiv - höchstens noch zu aktivieren für Dia-Vorträge, Kaffeestunden, Butter- und Werbefahrten, auf jeden Fall unpolitisch.

Daß dieses Bild nicht für alle älteren Menschen zutrifft, die durch die Erreichung der "gesetzlichen Altersgrenze" aus unserem Leistungswettlauf entlassen worden sind, möchte ich an einem Beispiel beweisen. Ein Beispiel, das für uns alle, die wir ja nicht ewig jung bleiben, Ansporn sein kann. Hier demonstrieren "Senioren", daß sie weiter dabei sein wollen und daß mit ihnen zu rechnen ist.

Ich möchte eine Gruppe vorstellen, die ihren Hauptsitz in Wuppertal hat, einer Stadt, in der heute bereits etwa jeder vierte Bürger über 60 Jahre alt ist (vgl. hierzu Waltraud Bierwirth: Altwerden in Wuppertal, Wuppertal 1977). Die Stadt schafft es schon jetzt nicht, der Verpflichtung aus dem Bundessozialhilfegesetz, "ein Leben zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht", nachzukommen. Das bedeutet, daß alte Menschen oft in Heimen untergebracht werden, die aus der Jahrhundertwende stammen. Zimmer mit 8 bis 12 Betten kommen - vor allem in den Pflegeheimen - vor. Besonders betroffen sind die älteren Frauen, denn ihr Lebensstandard liegt häufig weit unter dem Durchschnitt und in der Nähe der Sozialhilfe. Schuld darin ist die Tatsache, daß sie oft "nur" als Hausfrau ihr Leben lang unbezahlte Arbeit geleistet haben und somit keine eigenen Rentenansprüche ansammeln konnten, und daß sie - immer noch - nur 60 % der Rente des Ehemannes nach dessen Tod erhalten. Ein Platz in einem menschenwürdigen Altersheim ist für sie unbezahlbar.

Der Senioren-Schutz-Bund ist eine Antwort der älteren Menschen auf die Diskriminierung, die sie in unserer Gesellschaft erfahren. Er entstand aus einem Senioren-Treff mit zunächst 15 Senioren. Dieser Treff fand in einem Kommunikationszentrum in Wuppertal, der "Börse", statt. Die heutige Leiterin des Senioren-Schutz-Bundes (SSB), Trude Unruh, hat damals mitgekämpft für die Verwirklichung dieses Kommunikationszentrums. Der Rat der Stadt war nämlich zunächst dagegen, weil man Angst hatte vor den Ju-

gendlichen ("da entstehen so rote Gruppen") und vor dem Anspruch auf Selbstverwaltung ("das können wir dann nicht mehr kontrollieren").

Jedenfalls haben die Senioren dort erstmal eine Disco gemacht, und im Laufe eines halben Jahres kamen dann zuletzt jeden Mittwochnachmittag 200 (!) Senioren zusammen. Auch Senioren, die in Alten- und Pflegeheimen waren, kamen dorthin, und so blieb es nicht aus, daß die Verhältnisse in diesen Heimen zur Sprache kamen, daß man das Gefühl bekam, hier müsse noch eine Menge geändert werden.

Am 26. August 1975 wurde der Senioren-Schutz-Bund aus der Taufe gehoben. Laut Satzung versteht sich der SSB als Generationenbund mit politischem Mandat. Der Bund arbeitet überparteilich und überkonfessionell und ist als gemeinnützig anerkannt. Seit einiger Zeit gibt es in Hamburg eine Filiale der "Grauen Panther Deutschlands", wie sie sich in Anlehnung an die amerikanische Altenbewegung nennen. Fernsehen und Presse berichten immer wieder über den SSB, und so melden sich Senioren aus vielen Städten Deutschlands, die sich dem SSB verbunden fühlen und mehr wissen wollen. Die Mitgliederzahl ist heute auf 1 200 angestiegen. Man hat ein eigenes Clubzentrum in Wuppertal-Elberfeld. Der Mittwochstreiff ist seit langem umgezogen in die Mensa der Wuppertaler Gesamthochschule. Es gibt Arbeitskreise zu verschiedensten Problemkreisen; um nur einige zu nennen: Hilfsdienste bei Behörden und Ämtern, Theatertruppe, Telefondienst, Krankenhausbesuchsdienst, Reise-, Foto-, Wander-, Film- und Gesangsgruppen etc..

Die Devise ist "Offensive Altenarbeit". "Wir müssen lernen, auf das Alter stolz zu sein. Das ist schwer in einer Gesellschaft, die uns ständig vorerzählt, daß jeder seines Glückes Schmied sei", sagen die Senioren, und sie fragen: "Wie kann man unter diesen Umständen jemandem klarmachen, daß er bei nur DM 600,-- Rente trotzdem Selbstbewußtsein haben kann, daß er das nicht selbst verschuldet hat?"

Sie haben vereinbart, daß jeder Zeitung liest. Informationsschriften und Broschüren werden gemeinsam ausgewertet, so daß man informiert ist. Es ist ihnen klargeworden, daß diese Gesellschaft "eben vom Kinder-Machen bis zum Sterben sagt, das ist alles Privatsache" (päd. extra 12/78). Sie sagen von sich selbst: "Wir sind anders als andere Senioren-Clubs. Bei uns ist der einzelne in die Verantwortung gesetzt."

Sie kritisieren, daß die Frauen durch die Arbeitsmarktpolitik immer besonders benachteiligt waren: "Warum kriegen wir nicht auch etwas dafür, daß wir zu Hause geblieben sind? Es war ja während der Hitler-Zeit diese Doppelverdienerei verboten. Frauen wurden immer zuerst entlassen ..." (päd. extra 12/78).

Aber auch die Männer haben im Laufe der Zeit gemerkt, daß sie sich nichts vergeben, wenn sie ihr Konkurrenzverhalten aufgeben. Sie sprechen über ihre Probleme. Früher haben sie sich geschämt, weil sie es als persönliches Versagen ansahen, wenn sie keine so gute Rente bekamen. Dadurch, daß sie lasen und diskutierten, begriffen sie, daß es sich bei ihren Problemen nicht um persönliches Versagen handelte, sondern um gesellschaftlich bedingte Mißstände. Aus dieser Erkenntnis erwuchs der Entschluß, sich zur Wehr zu setzen. Sie gründeten eine Arbeitsgruppe, die bei bestimmten Anlässen Protestmärsche zum Rathaus organisiert. So z. B. als eine alte Frau aus einem privaten in ein städtisches Altersheim umziehen mußte, weil ihr Sohn arbeitslos wurde und nicht mehr bezahlen konnte, und weil die Stadt Zuschüsse nur für städtische Einrichtungen zahlt. Die Frau starb 2 Monate nach der Umquartierung.

Sie besorgten sich 130 Karten für eine Ratssitzung, in der die FDP eine Anfrage wegen der Gleichstellung der Altenheimträger einbrachte. Diese Anfrage wurde abgewiesen von den beiden anderen Parteien. "Da haben die 130 Leute gebuhrt, und die Parteien haben sich in die Haare gekriegt, aber sie haben sich nicht getraut, uns rauszuwerfen" (päd. extra 12/78).

Aber nicht nur dazu haben sie etwas zu sagen. Auch, daß alte Frauen unter unserem Schönheitsklischee besonders zu leiden haben, prangern sie an: "Alte Frauen zählen schon gar nichts in unserer Gesellschaft. In den Medien und überall zählt ja die junge, schöne Frau; möglichst mit langen blonden Haaren und blauen Augen. Und jeder, der nicht in dieses Klischee hineinpaßt, ist eben alt und soll froh sein, wenn er überhaupt noch existieren darf - und besonders, wenn er kein Geld hat ..." (päd. extra 12/78).

Aus ihrer Lebenserfahrung heraus nehmen sie sich aber auch das Recht, sich in allgemein-politische Probleme einzumischen. Das Kernkraftproblem wird aufmerksam in den Medien verfolgt und diskutiert. Die Verurteilung von Demonstranten prangern sie als ungerecht an und warnen vor der Bewegung des Systems in Richtung Polizei-

staat. "So haben wir uns auch den Radikalenerlaß vorgenommen. Weil ja gerade ältere Menschen aus der Hitlerzeit heraus wissen, was es heißt, mehr und mehr Polizeistaat zu werden. Wir haben Verfolgte unter uns, wir haben Menschen unter uns, die in KZ's gesessen haben..." (päd. extra 12/78).

Wenn man sie nach ihrem großen Wunschtraum fragt, so sagen sie: Häuser für Senioren, Generationen-Wohngemeinschaften oder selbstverwaltete Senioren-Hotels mit der ganz dicken Überschrift "Bis zum Tod"! Ein wenig sind sie diesem Wunschtraum nähergekommen. Es finden mittlerweile Verhandlungen mit der Stadt Wuppertal statt über ein Baugrundstück oberhalb des jetzigen Clubzentrums. Nach langem Betteln haben sich einige Geldgeber gefunden, und ein Architekt ist bereit, Entwürfe zu machen. Entstanden soll ein Dorf, in dem Senioren und junge Leute zusammen wohnen können. Es soll Ein-Raum-Wohnungen geben für die, die vor zuviel Nähe Angst haben; es sollen aber auch Wohnungen für Wohngemeinschaften gebaut werden. Man will Kleinvieh halten und eine kleine Landwirtschaft betreiben (das Gelände liegt am Stadtrand), damit "die Leute wieder physisch gesund werden". Wie gesagt, es ist noch alles im Verhandlungsstadium, aber man ist schon ein ganzes Stück weiter als vor einem Jahr, als ich den Mittwochstreif des SSB besuchte. Mit einer Schilderung dieses Besuchs, die ich noch unter dem frischen Eindruck des Erlebten im Zug auf der Heimreise abfaßte, möchte ich meinen Bericht über eine Bewegung schließen, die Alternativen aufzeigt, die es sich lohnt zu unterstützen.

Meine Fahrt nach Wuppertal im Oktober 1979 resultierte aus dem Wunsch, mich selbst über diese Menschen zu informieren, die so gar nicht in das Bild passen wollten, das sich die Gesellschaft sonst von den "Alten" macht.

Bereits im Bus auf der Fahrt vom Bahnhof zur Hochschule fielen mir mehrere ältere Frauen und Männer auf. Sie begrüßten sich herzlich, ja, man möchte sagen liebevoll, und waren sofort in lebhaftes Gespräch vertieft. Ich sprach sie an, und meine Vermutung, daß sie zu den Grauen Panthern gehörten, bestätigte sich.

Als wir ausstiegen, nahmen mich zwei Frauen in ihre Mitte und führten mich durch das Uni-Labyrinth in die Mensa. Dort war bereits eine ganze Anzahl Menschen versammelt, obwohl es kurz nach 14 Uhr war und der Nachmittag offiziell um 15 Uhr begann. Girlanden mit internationalen Fähnchen wurden aufgehängt, Schilder mit Parolen aufgestellt.

Immer mehr Leute trafen ein, stürmisch begrüßt von den bereits Anwesenden; zum Schluß waren ca. 200 Menschen versammelt. Es wurde erzählt über das, was in der letzten Woche passiert war, und zwar nicht nur Klatsch und Belangloses, sondern ich fing Gesprächsfetzen auf, die sich um Rentenfragen, um ungerechte Behandlung im Krankenhaus drehten. Das Gespräch blieb nicht an einem Tisch, sondern man wanderte im ganzen Raum umher. Außerdem kamen ständig Leute an meinen Platz, um mich zu begrüßen. Sie fragten mich, woher ich käme. Ich erzählte, und sie freuten sich, daß wieder soviele Gäste da waren.

Was mir auffiel, war ihr Benehmen. Es war zwanglos, paßte so gar nicht in das Bild vom alten Menschen. Die Bewegungen waren schnell, sicher, auch oft bei denen, die Behinderungen hatten. Ich bekam den Eindruck, daß ihnen eine innere Sicherheit auch eine äußere Sicherheit gab.

Um 15 Uhr begann das offizielle Programm. Ich hatte in der Zwischenzeit Trude Unruh, die Vorsitzende des Senioren-Schutz-Bundes, entdeckt, und stelle mich ihr vor. Sie bat mich gleich zum Podium, wo inzwischen eine lebhaft, zierliche Frau und ein älterer Mann Musik machten; er auf einer elektrischen Orgel, sie am Schlagzeug und singend. Es stelle sich heraus, daß noch mehr Gäste da waren: aus Berlin, vier Vikare aus Stuttgart, ein Sozialarbeiter aus Ibbenbüren, vier Pädagogen und Psychologen aus Tübingen. Wir alle stellten uns vor und wurden mit Beifall begrüßt.

Dann lief das Programm weiter. Es war eine Mischung aus Einzelvorträgen der Mitglieder, Musik zum Tanzen, Aussagen über Aktuelles von Trude Unruh, Informationen über Ungerechtigkeiten, die von den Betroffenen selbst vorgebracht wurden. So erzählte eine Frau über die Probleme, die sie hatte, um eine Hilfe im Haushalt während ihrer Krankheit durch das Sozialamt bezahlt zu bekommen. Außerdem wurde über den Fall eines alten Mannes berichtet, der sein Haus vor 10 Jahren seinen Kindern überschrieben hat und nun ohne Geld dasitzt.

Ein Ehepaar stellte sich vor und bot in seiner Seniorenpension im Westerwald 14 Plätze an. Als sofort Beifall aufkommen wollte, bremste Trude und sagte, schließlich habe bisher keiner vom SSB das Heim gesehen, und man kaufe keine Katze im Sack. Als sie dann das Mikrofon an die Frau gab und diese noch etwas unbeholfen und scheu sprach, wollte der Mann das Wort übernehmen. Trude aber meinte, er solle sie reden lassen, denn schließlich sei sie doch genau so daran beteiligt: sie (Trude) habe die Erfahrung bei

solchen Projekten gemacht, daß der Mann immer gern das Sagen habe und die Frau die Arbeit tun dürfe, und das fände sie nicht gut.

Eine Frau trug ein selbstverfaßtes Gedicht vor, das die Ereignisse mit Strauß im Ruhrgebiet zum Thema hatte.

Natürlich wurden auch die Geburtstagskinder und die Neuen geehrt.

Mein Eindruck ist, daß es hier keinen "Leiter" gab, sondern daß alle etwas zu sagen hatten. Das Programm lief ab, ohne daß jemand dirigierte. Kritik wurde ebenso freimütig geübt, wie Lob gesendet.

Mich haben diese Menschen beeindruckt, die einen Umgangsstil in der Gegenwart praktizieren und einen Lebensstil für die Zukunft planen, der unseren Vorstellungen recht nahekommt. Wer mehr wissen will, der möge sich an folgende Adresse wenden: Senioren-Schutz-Bund e. V., Bundesgeschäftsstelle, Dönberger Str. 92, 5600 Wuppertal 1 (Tel. 0202 - 70 10 03).

BUCHBESPRECHUNGEN

Kurt Marti: Zärtlichkeit und Schmerz. Notizen, Luchterhand-Verlag Darmstadt/Neuwied 1979, 136 Seiten

"Denn Dein ist das Reich und die Kraft, ist die Herrlichkeit/Fraulichkeit in Ewigkeit. Amen" (68). Dieses Zitat unter dem Stichwort "Doxologie" deutet auf "feministische Theologie". In der Tat, dieses aphoristische Werk des Schweizer Pfarrers und Dichters Kurt Marti, eines Freundes des unvergessenen Emil Blum, birgt eine Menge Sprengstoff, der ein männliches Gottesbild aufsprengen und mit weiblichen Elementen anreichern soll. Im Rückgriff auf mystische Elemente im Neuen Testament und in der Gnosis sowie unter Zuhilfenahme der Sophia-Spekulation und der Anschauung von der Heiligen Geistin (ruach = hebr. "Geist" ist weiblich!) definiert Marti das Wesen Gottes als "Zärtlichkeit und Schmerz". "Zärtlich und genau", das sind Beiworte, die er der Liebe als dem göttlichen Weltgrund zuschreibt. "Genau" - das zielt auf Gerechtigkeit, die aus der Liebe entspringt. Umgesetzt in menschliche Beziehungen bedeutet das: Streben nach humanen Strukturen aus der Gesinnung der schenkenden, zärtlichen Annäherung an den Mitmenschen heraus. Ernesto Cardenal ist Marti wichtigster

Gewährsmann dafür, daß aus Liebe sogar der bewaffnete Kampf geboten sein kann - Kampf ohne Haß!

Biblische Basis ist für Marti neben dem häufig zitierten "Gott alles in allem" (1. Korinther 15, 28) vor allem das Wort aus 1. Johannes 4, 8.16: "Gott ist Liebe". Marti sucht ein Glaubensbekenntnis, das diesen Gedanken als "Haupt- und Zentralsatz" (120) enthält. Utopie, Ekstase, Alltanz, Durchgeistung der Materie ("Gott des Lebensodems in allem Fleisch", 4. Mose 27, 16), Heiligung der Sinnlichkeit, Kampf gegen die Obszönität der Maschinenwelt, gegen Rüstungswahnsinn und Vernichtungsbereitschaft, gegen Ausbeutung der Natur und des Menschen - das ist die Gedankenkette, für die Marti M. Eliade neben J. Böhme und Rosa Luxemburg als Zeugen aufruft.

"Gott? Jener Große, Verrückte, der noch immer an Menschen glaubt." "Vielleicht entsprang der Geist Ekstasen der Materie ...". "Gesucht sind die Macher. Nötig wären die Verhinderer." "Die Ware Weihnacht ist nicht die wahre Weihnacht." Das sind Kostproben einer sprachlich feingeschliffenen und denkerisch engagierten Christlichkeit, die die Welt nicht verachtet, sondern als Gottes Welt in eine wahrhaft menschliche verwandeln will. Marti berührt sich hier mit der Idee einer "Theologie der Zärtlichkeit", wie sie Heinrich Böll gefordert hat, wie sie Helmut Gollwitzer in seinem Büchlein "Das hohe Lied der Liebe" (Kaiser-Traktate 29, 1978; siehe die Besprechung in "Christ und Sozialist" 4/1978) entwickelt hat, - und schließlich hat Pablo Neruda den Sozialismus als "die Suche nach der großen Zärtlichkeit" definiert. Freunde/Freundinnen, das ist's!

Heinz Röhr

Eberhard Bethge: Am gegebenen Ort. Aufsätze und Reden 1970 - 1979, Chr. Kaiser Verlag München 1979, 308 Seiten

Wenn Dietrich Bonhoeffer heute noch unter uns wäre - würde er sich dann als Sozialisten bezeichnen? Auf den ersten Blick weist vieles in andere Richtungen. Das zeigen auch die hier vorgelegten Reden und Aufsätze des treuen Freundes und Sachwalters Bonhoeffers. Bonhoeffer war wirklich weder ein "erfahrener Demokrat noch Sozialist" (80). Das lag zum großen Teil an seiner Herkunft. Persönlich habe ich aber keinen Zweifel, daß er genau in diese Richtung weitergegangen wäre - und daß er insofern auch in der Ökumene besser verstanden wird als oft in Deutschland (ein

Thema, das Bethge mit Recht sehr beunruhigt). Das beginnt mit der berühmten Formel: "Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist" (zit. 44) und hat einen starken Nachdruck in dem Schuldbekenntnis der Kirche, das in Bonhoeffers großem Entwurf einer Ethik enthalten ist: "Die Kirche bekennt, Beraubung und Ausbeutung der Armen, Bereicherung und Korruption der Starken stumm mit angesehen zu haben" (zit. 52).

In dieser Zeitschrift muß allerdings auch erwähnt werden, daß für Bonhoeffer das Wort "religiös" einen anderen Beigeschmack hatte als wohl für die meisten unserer Leser. Indirekt wird das schon aus dem vorher Gesagten deutlich: Bonhoeffer dachte mehr von der Kirche her. Bethge interpretiert treffend: Für Bonhoeffer war "Religion zur Fluchtbastion für Aussteiger geworden ..., zum verfeinertsten aller Mittel des Menschen, seine Selbstbehauptung mit Frömmigkeit und allen möglichen Göttern zu sichern" (34). Sobald man aber dem Wort "religiös" den Sinn gibt: Mein Glaube nötigt mich, dies oder das in der Welt zu tun (z. B. also: Sozialist zu sein), befindet man sich alsbald innerhalb der Ethik Bonhoeffers, in der Glauben und Gehorsam nicht voneinander zu trennen sind und die mit Recht als Ethik der Verantwortung bezeichnet wird (58).

Höchst aktuell im vorliegenden Band: Ein Bericht Bethges über den Prozeß gegen den rechtsradikalen Rechtsanwalt Manfred Roeder (148 ff.), den Bethge nach dem Krieg in der Berliner Studentengemeinde konfirmiert hatte (!) und der nun 1976 vor Gericht eine einstündige Hetzrede gegen Bonhoeffer hielt - begleitet vom Beifall zahlreicher Zuschauer! Roeder erhielt damals zwar eine Geldstrafe von DM 5000,-- wegen der Verunglimpfung eines Verstorbenen; aber er konnte nach dem Prozeß wie im Siegeszug mit seinen Anhängern (und entsprechenden Plakaten) durch Heilbronn marschieren. Dem entspricht die Verlegenheit vieler offizieller Kirchenmänner und Theologen unter uns, wenn es um den Bonhoeffer geht, der als Christ aktiv am Widerstand gegen Hitler beteiligt war: Dieser Bonhoeffer ist das Vorbild vieler Christen in der Dritten und Vierten Welt. Wir sollten uns mehr mit ihm beschäftigen!

Wolfgang Schweitzer

Susanne von Paczensky (Hg.): Wir sind keine Mörderinnen! Streitschrift gegen eine Einschüchterungskampagne, Rowohlt Taschenbuch Verlag Reinbek bei Hamburg, 1980 (rororo-aktuell 4635) - 139 Seiten

Die Kampagne von Kirche, Ärzteschaft und konservativen

Politikern gegen die jetzt praktizierte Form des § 218 ist ein Kampf um die Aufrechterhaltung von Herrschaft, und zwar der Männer.

Diese provozierende These formuliert Dorothee Vorbeck in dem neuen Band der rororo-Reihe "Frauen aktuell" mit dem streitbaren Titel: "Wir sind keine Mörderinnen". Und eine Streitschrift will dieses Buch auch sein. Zehn Frauen und drei Männer, fast alle haben selbst Kinder, aus den verschiedensten Disziplinen haben Beiträge für dieses von Susanne von Paczensky herausgegebene Buch geliefert. Aus historischer, juristischer, soziologischer und theologischer Sicht wird aufgerollt, dargestellt und kritisiert, wie Kirche und Staat seit Jahrhunderten mehr oder weniger erfolgreich die Frauen auf ihre Gebärfunktion reduziert haben, und mit welchen Mitteln dies geschah.

Eva Rühmkorf, Senatsdirektorin und Leiterin der Leitstelle "Gleichstellung der Frau" in Hamburg, macht die heutige Praxis der Abstempelung zu Mörderinnen und Mordhelfern von Frauen und denen, die ihnen bei der Erlangung ihres Rechts innerhalb des "neuen" § 218 helfen wollen, deutlich.

Luc Jochimsen, Panorama-Redakteurin beim NRD, beklagt die scheinbare Resignation der Frauen, die den Männern das Feld der Diskussion in den Medien überließen. Und dies ist auch die Frage, die Susanne von Paczensky die Historiker im Jahre 3000 beim Quellenstudium stellen läßt, wieso nämlich die Männer das Recht über die Frauen sprachen und sie zur Reue anhielten, sonst aber weder als Beteiligte (Erzeuger) oder gar als Betroffene (Väter von ungewollten oder abgetriebenen Kindern) mit ihren eigenen Gefühlen in Erscheinung traten. Zu all den Abtreibungen (100 000 waren es im vergangenen Jahr) gehören doch auch Erzeuger, wo sind sie?

Gunnar Heinsohn und Otto Steiger, ein Soziologe und ein Nationalökonom, rollen die Geschichte der Kirche als Partner der jeweils Herrschenden bei der Kontrolle der Geburtenziffern auf. Es wird deutlich, daß Kinder solange "Eigentum der Eltern" waren, wie der Staat kein ökonomisches Interesse an ihnen hatte. Mit dem Beginn des Bedarfs an billigen Arbeitskräften beginnt auch der Holocaust gegen die Frauen, die die Kenntnisse einer frauenfreundlichen Geburtenkontrolle besaßen, die Hexen-Hebammen. Die Jahrhunderte dauernde Massentötung führt das Argument der Kirche von der "Heiligkeit des Lebens" ebenso ad absurdum, wie die Praxis der Segnung von Waf-

fen, die zum Töten von Menschen bestimmt sind. Den Kirchen wird vorgehalten, daß ihre Heiligsetzung des Lebens sehr an Glaubwürdigkeit gewinnen würde, "predigten sie in ihren Gotteshäusern, Publikationen, Rundfunk- und Fernsehsendungen die Kunst einer nicht zur Schwangerschaft führenden Sexualbefriedigung" (73).

Auf eine andere Absurdität in der männlichen Argumentation gegen die momentane Praxis des § 218 weist Barbara Duden, Assistentin am historischen Institut der Technischen Universität Berlin, hin. Sie fragt, warum die Ärzteschaft heute so über die Gewissenslast klagt, die ihr durch die Verpflichtung zum Schwangerschaftsabbruch bei der Indikationslösung auferlegt sei; sie habe doch das Wissen erst monopolisiert und verbiete heute den Frauen, ihre eigenen Körper selbst zu erforschen und zu behandeln, ja sogar die Mitsprache über bestimmte Behandlungsmethoden.

Immer wieder und in allen Beiträgen wird deutlich, daß hier nicht gezeigt werden soll, daß Abtreibung "eine gute Sache ist, oder eine angemessene Form der Geburtenregelung" (7); vielmehr will dieses Buch "Argumente zur Verfügung stellen, Informationen anbieten und Standpunkte beschreiben, die offensiv zum Streit genutzt werden können, der von der anderen Seite bereits lautstark und wortgewaltig geführt wird" (7).

Es soll nicht ausschließlich dem Anspruch auf den Privatbesitz des Lebens und damit auch des Lebens des ungeborenen Kindes das Wort geredet werden, denn das wäre, wie es Dorothee Sölle theologisch formuliert, eine aus der Moralvorstellung des Kapitalismus resultierende Verarmung unseres Lebens. Aber sie fragt gleichzeitig, ob jetzt der richtige Zeitpunkt sei, vom Schutz des ungeborenen Lebens zu reden. Sie prangert das Desinteresse vor allem auch der beiden die bisherige gesetzliche Regelung so verteidigenden Kirchen an dem einmal geborenen Kind an. Was vorher Mittelpunkt des öffentlichen Interesses war, wird wieder Eigentum der Mutter, die nun jahrelang allein gegen eine kinderfeindliche Gesellschaft kämpfen darf. Der Verdacht drängt sich auf, daß hier die "Sünde" der Mutter bestraft werden soll, denn sonst - so Dorothee Sölle - würde ja auch vor ungewolltem und daher gefährdetem Leben geschützt werden dürfen.

Neben den bereits aufgeführten Autorinnen und Autoren tragen zu dieser Argumentensammlung noch bei: Elisabeth Dessai; ihr Beitrag befaßt sich mit der Problematik, daß durch verbotene Verhütung oder Abtreibung erzwungene Kin-

der keine Wunschkinder sein können. Kristine von Soden beschreibt den Kampf um den § 218 in der Weimarer Republik. Wiltraut Rupp-v. Brünneck und Helmut Simon, Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dokumentieren ihre abweichende Meinung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975. Heilwig Droste, Leiterin der ersten Hamburger Pro-Familia-Beratungsstelle, erhärtet die These von der Angst der Männer um ihre Machtposition gegenüber den Frauen durch den Abriß der historischen Entwicklung vom Matriarchat zum Patriarchat und die daraus folgende Aneignung der Gebärfähigkeit der Frau und ihrer Leibesfrucht durch den Mann.

Alles in allem ist dies ein parteiliches Buch, aber es erhebt auch nicht den Anspruch, etwas anderes zu sein. Es ist eine hervorragende Einführung für die, die sich noch nicht eingehend mit dem Problem beschäftigt haben; aber auch für die, die bereits Stellung bezogen haben, bringt es ein paar gute Argumente.

Erika Adolphy

Lea Fleischmann: Dies ist nicht mein Land. Eine Jüdin verläßt die Bundesrepublik, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1980

"In meiner frühen Kindheit bestand die Welt aus zwei Sorten von Menschen. Aus Juden und Nazis. Die Juden kannte ich, die Nazis kannte ich auch. Aus Hunderten von Erzählungen, aus jedem jüdischen Schicksal. Deutsch und Nazi waren damals für mich austauschbare Begriffe. ... Diese Geschichten waren alltäglich, aber sie waren nicht greifbar. Irgendwie unvorstellbar, daß die Menschen, die sie erzählten, das gesehen oder erlebt hatten. Alltäglich waren auch die Flüche auf die Deutschen, diese Sadisten, diese Mörder, diese Verbrecher" (25/26).

Lea Fleischmann wurde 1947 als Kind polnischer Juden in Deutschland geboren. Sämtliche Verwandte ihrer Eltern waren in Konzentrationslagern umgekommen. Ihre ersten 10 Lebensjahre verbrachte die Autorin in dem DP-Lager Föhrenwald in Oberbayern. Dann siedelte sie mit ihren Eltern nach Frankfurt über, wo sie mit deutschen Kindern zur Schule ging. Sie studierte Pädagogik und wurde Lehrerin an bundesrepublikanischen Schulen, denn: "Ich habe damals noch geglaubt, die junge Generation sei ganz anders als ihre Väter, die dich, Großmutter, erschossen haben, als sie dabei waren, die Welt judenfrei zu machen" (181).

Fünf lange Jahre Erfahrung mit dem deutschen Beamtenapparat ließen jedoch in ihr die Erkenntnis reifen: "Dies ist nicht mein Land". "Sollte ich jemals wieder unterrichten, dann in keiner deutschen Schule. Ich werde mir keine Verständnisfloskeln für Ausländer und Juden mehr anhören, ich will auch kein Mitleid mit den Schülern haben, ich will das deutsche Volk nichts lehren, und ich will es nicht ändern" (250), schließt sie ihr Buch.

In drei Abschnitten schildert die Autorin anhand von Erlebnissen, warum sie sich nie als Deutsche fühlen kann. "Die Tür wird luftdicht abgeschlossen. Schma Israel" nennt sie einen einführenden Abschnitt, in dem sie aus der Perspektive eines kleinen Mädchens den Abtransport von polnischen Juden und Jüdinnen in die Gaskammern beschreibt.

Den zweiten Abschnitt "Ich hatte einen deutschen Paß, aber eine Deutsche war ich nicht" beginnt sie mit den Worten: "Wo fange ich an? Am besten bei meinen ersten Erinnerungen im nachfolgenden Leben" (24). Diese Geschichtsbezogenheit der Lea Fleischmann zieht sich als wesentlicher Aspekt durch das gesamte Buch. Ihre Bindung an die ermordeten Juden und Jüdinnen schiebt sich ständig als Barriere zwischen sie und ihre deutsche Umwelt, ihre Identifikation mit den "am Boden liegenden Opfern" (183) ist die Weltschau, die sie stets auf der Hut sein läßt vor Strukturen, die "Herrenmenschen" und "Untermenschen", sprich Untertanen, hervorbringen.

Die Autorin ist bei all ihren Erlebnissen schnell bei der Hand mit Parallelisierungen. Sie zieht z. B. eine Verbindung zwischen Kochen mit Resten, wie sie es "mitten im deutschen Wirtschaftswunder" (28) in der Schule lernte, und der Verarbeitung menschlicher "Reste" zu Seife, Matratzen und Lampenschirmen. "Diejenigen, die sich das ausgedacht haben, mußten zu Hause wahrscheinlich ständig aufbereitete Reste essen. Nur nichts vergeuden" (28).

Im deutschen Beamtenwesen, in dem alles haarklein vorge-schrieben ist, sieht sie die Fortsetzung der perfekten totalitären Strukturen mit demokratischem Anstrich. Die deutsche "Reiß-dich-zusammen-Erziehung" ist die Vorbereitung auf ein Leben, in dem Pflichterfüllung über Menschlichkeit geht. Ein schlechtes Gewissen, schreibt Lea Fleischmann, hatte sie, wenn sie gegen die Vorschrift verstieß, aber nicht, wenn sie nach Vorschrift erbarmungslos den Lebensweg von Schülerinnen zerstörte. Ein schlechtes Gewissen hatte ein SS-Mann wohl, wenn er einen Befehl verschlammte, aber nicht, wenn er nach Befehl Juden ver-

gaste.

Mann kann diese Parallelisierungen für gefährlich leichtfertig halten. Ich war anfangs dazu geneigt, sie weit von mir zu weisen, weil sie in schmerzlicher Weise Narben aufbrechen und Tabus brechen. Doch wie schmerzlich muß es für die Autorin selbst sein zu entdecken, wie leichtfertig wir uns von der Vergangenheit abwenden, von Neubeginn reden und die Strukturen von Befehl und Gehorsam, Vorschrift und Pflichterfüllung beibehalten? "Und immer wieder werden die anderen in der deutschen Geschichtswunde rühren, und diese Wunde wird wuchern und sich nicht schließen. Die Juden werden ihren Trümmerhaufen aufbauen und langsam zum Erbe ihrer Väter zurückfinden, denn dieses Erbe ist frei von Schande. Aber wie man als Deutscher über Auschwitz hinwegkommen kann, weiß ich nicht" (190).

Lea Fleischmann hat an das demokratische Potential in der BRD geglaubt, sie hat an einen echten Neuanfang geglaubt; doch sie ist bitter enttäuscht worden. "Fünf Jahre lebte ich mit ihnen. Es ist genug." Dieser dritte und Hauptteil des Buches schildert ihre Erfahrungen mit Lehrern/innen und Schülern/innen, "eingekeilt zwischen Paragraphen und Verordnungen" (250), Erfahrungen mit Radikalenerlaß und Ausländerfeindlichkeit.

Henryk M. Broder schreibt in seinem Nachwort mit dem Titel "Zur Demokratie angetreten - Ein Volk macht Dienst nach Vorschrift" folgendes: "Wo ein pädagogisches Konzept, das den selbständigen und mündigen Bürger zum Ziel hat, dermaßen auf Paragraphenkrücken daherkommt, müssen am Ende des Erziehungsprozesses Krüppel stehen. Die deutsche Schule ist das Modell der deutschen Gesellschaft: eine Bevormundungsanstalt, in der auf demokratische Formalien großer Wert gelegt wird, weil es an einem demokratischen Bewußtsein mangelt" (253). - Ein hartes Urteil, aber nicht so einfach von der Hand zu weisen!

Lea Fleischmann geht in ihrem Buch mit den Deutschen hart ins Gericht, aber nicht, ohne zu differenzieren, ohne um Verständnis zu ringen und ohne das Handeln von engagierten Freundinnen und Bekannten zu erwähnen. Sie stellt nicht den Anspruch, eine wissenschaftliche Analyse über faschistisches Potential in der heutigen BRD zu liefern; sie schreibt bewußt subjektiv, erzählt Geschichten und schildert ihre persönlichen Assoziationen dazu. Dadurch ist dieses Buch nicht noch eine Dokumentation mehr zum Abhaken, sondern eine Herausforderung an alle, die sich als Deutsche verstehen und an einem wahrhaft demokratischen Staat arbeiten. Ein Spiegel, der erbarmungslos alle über-

tünchten Macken und Falten zeigt!

"Großmutter, die Bedingungen haben dich erschossen und deine Kinder vergast. Es waren gar nicht die Deutschen. Es waren die historischen Bedingungen und die totalitäre Ideologie. Man kann ihnen gar nicht mehr böse sein, man kann ihnen nicht einmal etwas vorwerfen. 'Stimmt', sagen sie, 'du hast recht. Wir haben tatsächlich alle diese Grausamkeiten begangen, aber schuld daran war die furchtbare Ideologie, der wir verfallen sind'. Wie gefällt dir das? Sogar das bißchen Scham, das sie unter der Lüge der Unwissenheit versteckt hatten, ist nicht mehr nötig. Phantastisch. Sie fragen natürlich nicht: Wer macht die Bedingungen? Wieso haben andere Völker katastrophale Wirtschaftsverhältnisse und sind demokratisch? Wieso haben andere mehr Terroristen und überwachen trotzdem nicht jeden mit dieser Perfektion? Warum gibt es in anderen Ländern Millionen Andersdenkende, und sie werden nicht aus den öffentlichen Ämtern ausgeschlossen? Die Deutschen vergessen sich zu fragen, warum sie so ängstlich, pedantisch und unnachgiebig sind, wenn es darum geht, Paragraphen einzuhalten, und warum sie sich selbst so ein dichtes Netz von Gesetzen, Erlassen, Verordnungen und Anweisungen knüpfen und ihre eigene Freiheit systematisch einengen" (249).

Annette Muhr-Nelson

Siegfried de Witt / Hermann Hatzfeld (Hg.): Zeit zum Umdenken. Kritik an v. Weizsäckers Atom-Thesen, rororo-aktuell 4521, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1979, 138 Seiten

Wer unter denen, die durch die manifest gewordenen Schäden unserer Industriekultur in Geist und Gewissen sensibel geworden sind, die nun nach gangbaren alternativen Wegen suchen und sich wehren gegen den in politischen und wirtschaftlichen Kreisen beschlossenen Marsch in die Plutoniumwirtschaft, wurde durch die Rede C. F. von Weizsäckers im März 1978 nicht verunsichert und irritiert. War es doch nicht irgendjemand, der hier seine Stimme für die "friedliche" Nutzung der Kernenergie in die Waagschale der öffentlichen Meinung warf, sondern der Direktor des Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen in der wissenschaftlich-technischen Welt, der - durchaus im Sinne des kritischen Anspruchs seines Instituts - Wichtiges beigetragen hat zur kritischen Reflexion der prinzipiellen Machtförmigkeit naturwissenschaftlichen Wissens, der sich zwar nicht der sozialistischen Hoffnung, wohl aber der sozialistischen Kapitalismuskritik angeschlossen

sen hat (vgl. sein Buch: Wege in der Gefahr. München/Wien 1976 S. 257 ff.). der bis 1945 selbst als theoretischer Kernphysiker gearbeitet hat und dem immer noch in Fachkreisen Türen zur Information offenstehen, zu denen nicht jedermann einen Schlüssel hat. Mußte nicht der Gegner der Atomwirtschaft sich noch einmal ernstlich fragen, ob nicht die Konzentration auf die energiepolitische Problematik in der Theorie und die praktischen Erfahrungen mit der politischen Administration, mit Polizei, Bundesgrenzschutz und Werkschützern, mit den Gerichten, mit der Übermacht der kapitalstarken Gegeninformation und Meinungsbildung durch die Betreiberseite die eigene Wahrnehmungsfähigkeit verzerrt und deformiert haben könnten?

Das von de Witt/Hatzfeld herausgegebene Büchlein ist nicht nur eine gründliche und sachkundige Auseinandersetzung mit den Weizsäcker'schen Thesen, sondern auch eine für die Nichtspezialisten gut verständliche knappe Zusammenfassung aller wichtigen und gängigen Argumente und Gegenargumente in Sachen Atomenergie. Es ist deshalb für alle, die sich in diesem wichtigen Problemfeld ein eigenes Urteil bilden wollen, eine wertvolle Hilfe, sozusagen eine Schneise im Dickicht des Meinungs- und Informationsdschungels. Es belegt nachdrücklich, daß von dem immer wieder propagierten Kausalzusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Arbeitsplatzsicherung, Wahrung von Wohlstand und sozialer Stabilität und Wachstum des Energieumsatzes bei genauem Hinsehen und gründlicher Information buchstäblich nichts übrigbleibt. Diese Kausalverbindung ist nur verstehbar als wichtigster Bestandteil einer demagogischen Strategie zur Manipulation der öffentlichen Meinung. Sie belegt nachdrücklich den "ungeheuren Kompetenzverlust" der Mehrheit der Menschen in der Industriekultur, wie Carl Amery ihn scharfsichtig skizziert in seinem Beitrag "Die glänzende und die elende Askese" (123 ff.). Die Menschen werden mit reklame-technischen Mitteln zu Objekten der Gesetze des Marktes erniedrigt. Und wo Prozesse in Gang kommen, die in die Gegenrichtung laufen, wo Menschen lernen, sich als Subjekte und Träger gesellschaftlicher Verantwortung zu begreifen und so ökonomischen Interessen der Energiemonopolwirtschaft hinderlich werden, werden sie durch v. Weizsäcker als unsachgemäß, ja "schädliche" Wirkungen der "Erregung des Publikums" dargestellt (36). Günter Altner entlarvt in seinem schönen Beitrag "Der Philosoph und die Macht" die Fatalität dieser Argumentation.

Weizsäcker setzt sich in seinem Plädoyer für die Nutzung der Kernenergie, das in dem Band abgedruckt ist, mit den drei fundamentalen *Problembereichen* Bedarf, Ressourcen und Gefahren auseinander und kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Ausgehend von der Annahme, daß in 50 Jahren etwa 8 Milliarden Menschen mit Energie zu versorgen sind, daß sich der heutige Energieverbrauch von fast 2 kW pro Kopf im Weltdurchschnitt auf 4,4 kW erhöhen wird, daß die Wachstumsrate des Sozialprodukts, die erforderlich ist, um das Gesellschaftssystem stabil zu halten, zwischen 3 und 4 Prozent jährlich liegen muß, daß dieser Wachstumsrate des Sozialprodukts ein Wachstum des Energieumsatzes in den Industrieländern von 2,5 Prozent entspricht, kommt v. Weizsäcker zu der Prognose, daß sich der Energiekonsum weltweit um 3 Prozent jährlich steigern werde (2,5 v. H. in den Industrieländern, 3,5 v. H. in den Entwicklungsländern). Das bedeutet eine knappe Verfünffachung in 50 Jahren. Die Alternative zu diesen Notwendigkeiten des Wachstums wäre eine "asketische Weltkultur"; Askese sei aber eine Angelegenheit von politischen Eliten und religiösen Minderheiten; sie sei politisch und ökonomisch mehrheitlich nicht durchsetzbar. 2. Weil sich die Ressourcen an Erdöl und Erdgas erschöpfen, werden diese Energieträger im ersten Viertel des nächsten Jahrtausends "in den zweiten oder dritten Rang als Energielieferanten zurücktreten" (32). Bis 2030 werde sich die Energieversorgung weltweit auf andere Energieträger umstellen müssen. "Zunächst erscheinen daher Kohle und Kernenergie (Fission) als die einzigen aussichtsreichen Kandidaten; alle heute erkennbare Plausibilität spricht dafür, daß beide zugleich den maximal möglichen Fortschritt machen werden" (33). 3. "Was überhaupt wirkt, ist auch gefährlich" (34). Das gelte für Medikamente ebenso wie für die Kernenergie. Über die Sicherheit der Reaktortechnik herrsche "unter den eigentlichen Sachkennern ... eine den Befragter beeindruckende Einigkeit". Die Gefährdung durch Kerntechnik überschreite nicht das Maß anderer Techniken; die Abgase fossiler Verbrennung seien schädlicher (Kohlendioxid) als Reaktorabgase. Auch die Gefahren beim Brüten, bei der Zwischenlagerung und der Wiederaufarbeitung scheinen "keine unüberwindbaren Probleme zu zeigen" (42). "Die Sicherheit der Kernenergie ist vor allem ein Problem der Sicherung gegen Gewalt" (Krieg und Terrorismus).

Mit dem Problem des *Bedarfs* und der asketischen Alternative setzen sich außer de Witt und Hatzfeld der amerikanische Energieexperte Amory B. Lovins, der Bremer Professor Robert A. Dickler und Carl Amery auseinander. Unter Berufung auf eine umfassend belegte englische Untersuchung kommt Lovins zu dem Ergebnis, daß v. Weizsäcker's Schätzung, der Energieverbrauch des heutigen Weltdurchschnitts von 2 kW pro Kopf werde sich mehr als verdoppeln, d. h. bei verdoppelter Weltbevölkerung vervier- bis ver-

fünffachen, "um den Faktor von ungefähr vier oder fünf zu hoch ist" (62). "Allen Schätzungen Weizsäckers liegt eine Hauptannahme zugrunde: daß jährlich 2,5 Prozent die niedrigste Wachstumsrate des Energieumsatzes sei, welche unsere Industriegesellschaft 'ohne tiefgreifende Krisen würde ertragen können'. Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Annahme unhaltbar ist" (64). Der Energieverbrauch kann auf weniger als 1 kW pro Kopf gesenkt werden - ohne Verzicht auf Wirtschaftswachstum, ohne daß der Lebensstil asketisch verändert werden muß, sondern nur unter der Voraussetzung, daß Energie wirtschaftlich rationell genutzt wird und genügend Zeit zur Verfügung steht, um den Kapitalbestand an energieverbrauchenden Anlagen zu ersetzen oder im Sinne größerer Effizienz zu modifizieren. R. Dickler weist darauf hin, daß Weizsäcker für seine Annahme von 2,5 Prozent Wachstum des Energieumsatzes bei 3 bis 4 Prozent Wirtschaftswachstum ein Einsparungstempo von 0,5 bis 1,5 v. H. im Energieverbrauch jährlich voraussetzt, daß aber bereits im Zeitraum von 1950 bis 1975, also in einer Zeit der Billig-Energie, in der Bundesrepublik die Energieeinsparung 1,7 v. H. jährlich betrug.

Was die *Ressourcen* und ihre Nutzungsdauer betrifft, weist Lovins auf "grundlegende konzeptionelle Fehler" in Weizsäckers Darstellung hin, z. B. in der Einschätzung des Brütlers. Weizsäcker meint: "Die Einführung von Brutreaktoren würde dem Uran statt eines reichlichen halben Jahrhunderts eine Wirkungsdauer von mehreren Jahrtausenden versprechen" (32). Selbst unter der zweifelhaften Voraussetzung, daß die Bedarfsdeckung mittels der Streckung der Uranreserven durch Brütertechnologie notwendig wäre, "ist es heute sowieso schon viel zu spät, sich damit zu befassen. Um genug Plutonium für die Brüter herzustellen, müßte es nämlich so viele thermische Reaktoren geben, daß die Uranreserven ausgeschöpft wären, bevor der Brutstoffkreislauf einem Gleichgewicht auch nur nahegekommen ist" (65).

Amery bestreitet Weizsäckers These, daß unsere heutige Kultur "bewußt antiasketisch" sei. Der Aufbau des Industriesystems setzte eine rigorose Disziplin und Askese voraus und hat seinerseits eine moderne "elende" Massenaskese zur Folge mit der Wirkung ungeheurer Kompetenzverluste und Deformierungen humaner Primärbedürfnisse. In Weizsäckers Konflikt zwischen der von ihm bejahten Askese der ethischen Eliten und der von ihm ebenfalls bejahten Notwendigkeit der Bewahrung bestehender kapitalistischer Strukturen im Interesse der gesellschaftlichen Stabilität behaupten schließlich die Strukturen das Feld und Weiz-

säcker repräsentiert so "die feinste, gebildetste Ausgabe des Technokraten, die zur Zeit auf dem Markt ist: des technokratischen Fatalisten" (128).

Für seine Einschätzung der *Gefahren und Risiken* der Atomenergie beruft sich Weizsäcker außer auf persönliche Befragungen von Fachleuten auf den Rasmussen-Bericht, der mittlerweile (im Januar 1979) von der NRC (Nuclear Regulatory Commission) zurückgezogen worden ist, weil er wesentliche Unfallursachen und -abläufe nicht berücksichtigt. Im übrigen bedarf es keiner ausführlichen Argumentation für den Satz, daß, wer eine zusätzliche und in ihrer Langzeitwirkung unvergleichbare Gefahrenquelle mit dem Hinweis auf die Zahl unserer Verkehrstoten legitimiert, offensichtlich "das ethische Maß verloren" hat (41), von der Bagatellisierung der sozialen Kosten eines Atomenergiesystems, auf die R. Jungk in seinem Beitrag (Atomstaat "hochgespielt"?, 103 ff.) hinweist, ganz zu schweigen.

Mit das Bedenklichste an Weizsäckers Votum ist der elitäre und undemokratische Argumentationsstil, der a priori die Mündigkeit und Verantwortungsfähigkeit, die Möglichkeiten der Partizipation der eigentlich Betroffenen, nämlich der Bevölkerung, an den Entscheidungsprozessen als nicht existent behandelt. "Publikum" ist eben zum Zuschauen da, sonst wäre es keines. Das Buch von Hatzfeld/Witt wirkt genau in die Gegenrichtung und verdient eine zahlreiche Leserschaft.

Eberhard Mechels

BUNDESNACHRICHTEN

Bericht über die Tagung "Theologische Ansätze im Religiösen Sozialismus" vom 16. - 18.1.1981 in der Evangelischen Akademie Arnolds-
hain

Fast 130 Teilnehmer waren bei Schneewetter zu dieser Tagung in den Hochtaunus gekommen. Die Akademie hatte zusätzliche Quartiere im nahen Dorf beschafft und dennoch viele Absagen geben müssen.

Drei verschiedene Vorträge umrissen unterschiedliche theologische Beiträge der Vergangenheit: Dr. Stephan Wehowsky sprach über Paul Tillich, Prof. Markus Mattmüller über Leonhard Ragaz, Dr. Ulrich Dannemann über Karl Barth. Prof. Helmut Gollwitzer beschrieb seine Position an Hand

eines Vortrags über die Bergpredigt in Auseinandersetzung mit der Zwei-Reiche-Lehre. Zweifellos war das ein dichtgedrängtes Programm. Die Teilnehmer äußerten sich in kleineren Gruppen zu acht Themenbereichen, und viele dehnten ihre Gespräche bis in die nächtlichen Stunden aus. Wie immer war die Begegnung von älteren und jüngeren Teilnehmern ein Erlebnis. Vorkämpfer des Religiösen Sozialismus, wie Marie Hirsch, Johannes Harder, Ludwig Metzger, beteiligten sich lebhaft an der Diskussion.

Wie unterschiedlich wirkten die dargestellten Hauptvertreter des Religiösen Sozialismus! Paul Tillich suchte die Theologie im Forum der Wissenschaften gesprächsfähig zu machen, war Anwalt der Zweifelnden, denen er die Rechtfertigungsbotschaft zusprach, und suchte den Protestantismus zur Solidarität mit dem Proletariat zu bewegen. Leonhard Ragaz gab seine Professur auf, lehrte und lebte unter Arbeitern und schrieb für sie u. a. eine 7-bändige Auslegung "Die Bibel, eine Deutung" (sie ist heute noch bei der religiös-sozialen Vereinigung in Zürich, Gartenhofstr. 7, zu erhalten). Karl Barth suchte nach dem Anwalt der Menschheitssache und setzte Hoffnungen zuerst auf die Sozialistische Internationale, dann auf die Kirche, zuletzt auf system-kritische und dialogbereite Christen in Ost und West. Sozialismus bedeutete ihm Sicherung der Freiheit im ökonomischen Bereich, Wirtschaftsordnung des Gemeinwohls. Daß viele seiner Schüler ihn zwar als Kirchenvater der Moderne loben, von dem "roten Pfarrer" in Safenwil und dem Kritiker des kalten Krieges aber nichts wissen wollen, ist Problem einer Horizontverengung in Theologie und Kirche. Helmut Gollwitzer, ein Schüler Barths, sorgte hier für notwendige Klarheit. Die Bergpredigt, die Friedensstifter, nach Gerechtigkeit Hungernde und Dürstende selig preist, will keineswegs nur Spiegel der Selbsterkenntnis des Sünders sein und ist keineswegs nur für den einzelnen gültig. Ragaz hatte recht, als er vom sozialen Sinn der Bergpredigt sprach. Gollwitzer wies nach, daß Jesus durch die 12 Jünger ganz Israel ansprach und ihm die Bestimmung zeigte: Brüderlichkeit. Denn "Gott will keine Privilegiengesellschaften". Deshalb wirkt die Bergpredigt auch heute immer wieder als Entlarvung des Bestehenden und führt zu sozialer Phantasie über das Bestehende hinaus.

Akademieleiter Martin Stöhr hielt den Gottesdienst in der Kapelle der Akademie und leitete mit Günter Ewald zusammen die Diskussion, die zum Schluß zu Praxisfeldern drängte. Die Schweizer Religiösen Sozialisten hatten schon ein gutes Beispiel gegeben: Sie hatten Material über einen politischen Gottesdienst zum Thema Gastarbeiter als unsere Nächsten an alle Gemeinden Basels geschickt und die Hälfte von ihnen zur Aktion gewinnen können.

Was die Teilnehmer zum Tagesgeschehen dachten und forder-

ten, erfuhr eine breitere Öffentlichkeit über den Evangelischen Pressedienst. In einer von mehr als 70 Teilnehmern unterschriebenen Erklärung werden die Vereinigten Staaten von Amerika beschuldigt, an das Militärregime in San Salvador Napalm zu liefern. In einem Schreiben an die Bundesregierung, die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und an die Evangelische Kirche in Deutschland werden die Verantwortlichen gemahnt, bei den USA auf sofortige Einstellung der Militärhilfe an das Regime in San Salvador zu drängen.

Reinhard Gaede

Ökumenische Konferenz Religiöser Sozialisten der Schweiz

Man hat schon lange davon gesprochen, aber jetzt ist es so weit. Seit dem 10. Januar 1981 besteht in der Schweiz eine Arbeitsgemeinschaft von Gruppen, die sich aus christlicher Motivation für sozialistische Politik einsetzen. Ein wichtiges Datum der Vorgeschichte war Anfang Mai 1980, als die Sozialistischen Kirchgenossen von Basel zur Feier ihres 50-jährigen Bestehens Vertreter von gleichgesinnten Gruppen ins Genossenschaftliche Seminar nach Muttenz bei Basel einluden; dort haben wir über die heutige Situation in beiden Kirchen gesprochen, und es ist uns klar geworden, daß die Sozialisten in den Kirchen in der gegenwärtigen Zeit der Reaktion besser zusammenhalten müssen (siehe den Bericht in "Christ und Sozialist" 2/1980). Es wurde nachher ein Statut entworfen, das die Schaffung eines föderalistisch gegliederten Dachverbandes vorsieht; die Konferenz gilt als gegründet, wenn drei Gruppen ihren Beitritt beschlossen haben.

Schon im alten Jahr hat die Religiös-soziale Vereinigung den Beitritt beschlossen; das ist die Gruppe um die Zeitschrift "Neue Wege". Ebenfalls 1980 ist die Gruppe Zürich der "Christen für den Sozialismus" beigetreten, so daß die Sozialistischen Kirchgenossen von Basel durch ihren Entschcheid auf der Jahresversammlung im Januar 1981 die vorgeschriebene Dreizahl vollgemacht haben. Im Februar entscheidet sich auch die Neue religiös-soziale Vereinigung der Schweiz; das ist die Gruppe, welche die Zeitschrift "Aufbau" trägt. Außerdem bestehen Verbindungen zu zwei Gruppen, die ebenfalls an der Muttenzer Tagung vom Mai 1980 beteiligt waren, nämlich "Kritische Kirche Bern" und "Fédération des chrétiens socialistes de la Suisse romande".

Möglicherweise wird schon in den nächsten 2 Monaten eine Zusammenkunft der Konferenz einberufen, weil es gilt, eine Erklärung zu einer Volksabstimmung von April 1981 zu besprechen; dann soll nämlich über die Rechtslage der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz abgestimmt werden ("Miteinander-Initiative"). Die Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten ist ökumenisch, weil sich in mehreren Gruppen Katholiken und Reformierte zusammenfinden. Die Bezeichnung "Kon-

ferenz" erinnert an die Frühzeit des religiösen Sozialismus in der Schweiz; vor dem Ersten Weltkrieg fanden regelmäßig religiös-soziale Konferenzen statt mit Referenten wie Kutter, Ragaz, von Greyerz, Lanterburg und vielen anderen. Die Bezeichnung "religiös-sozial" wurde von uns trotz Bedenken beibehalten, weil sie immerhin Unterscheidungen ermöglicht; es wurde auf den Vorteil hingewiesen, daß sie auch jüdischen Sozialisten eine Mitarbeit ermöglicht.

Markus Mattmüller

LESERBRIEF

Sozialismus als Ideal oder als Ziel? Diese Frage stellte sich Ulrich Dannemann im letzten Heft von "Christ und Sozialist". Ich stellte mir nach der Lektüre die Frage, ob es sinnvoll war, diese Unterscheidung vorzunehmen. Mir schien der Artikel wie eine Schachtel ohne Inhalt, Theorie ohne praktische Ansatzpunkte, Theorie um der Theorie willen.

Jeder erfährt Reich Gottes (oder auch Sozialismus) tagtäglich, indem er an seinem "Nicht-Sein" leidet oder andere daran leiden sieht. Das Reich Gottes erscheint deshalb als die Projektion dessen, was wir in unserer konkreten, individuellen und gesellschaftlichen Wirklichkeit vermissen. Etwas von dem wir meinen, daß es "gut" ist und das wir nicht haben.

Ob Ideal oder Ziel, positiv formulierbar ist dieser Sozialismus nicht, und die groben Richtlinien, die Dannemann angibt, sind irgendwie sinnlos, wenn er sie nicht in Beziehung (direkter und konkreter Art) zu unserer Wirklichkeit setzt, d. h. sie zu "verifizieren" sucht.

Für eine neue Weltwirtschaftsordnung sind viele. Die Frage ist doch aber - und hier hört Dannemann auf - wie?, wo anfangen? usw..

In unserer Gesellschaft sind Defizite in Sachen Gerechtigkeit überall erfahrbar, und wir als Christen versuchen dazu beizutragen, diese abzubauen, weil wir von unserer Gesellschaft ein Ziel/Ideal denken können. Es kommt aber darauf an, daß wir uns dabei auf dem Boden der Tatsachen bewegen, heutiger Tatsachen, und von daher eine längerfristige Perspektive entwickeln.

Dannemann schreibt abschließend: "Gott selbst ist es, der uns in Jesus Christus, unserem Bruder, vorangeht im Kampf für eine Friedenskultur freier Schwestern und Brüder." Das sind große Worte! Da zeigte sich abschließend m. E. deutlich, daß Dannemann mit seinen Bemerkungen zu einem zielsicheren Sozialismus eben ins Leere schießt. Die Zielscheibe, nämlich unsere konkrete Gesellschaft, hat er sich so weit weg gestellt, daß er gar nicht mehr treffen konnte.

Ulrich Schmid, Bielefeld

Autoren dieses Heftes

Erika Adolphy, Studentin (Pädagogik), Hakenheider Weg 17A,
4817 Leopoldshöhe

Christiane Dannemann, Vikarin, Europaring 2,
6080 Großgerau

Reinhard Gaede, Dr. theol., ev. Pfarrer, Laarer Straße 297,
4900 Herford.

(Siehe CuS 2/1980, 1/1979, 4/1977, 3/1977, 2/1977)

Eva Lüders, Dr. phil., Raven, 2121 Soderstorf

Siegfried Katterle, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre
(Wirtschaftspolitik), Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14.

(Siehe CuS 3/1980, 2/1980, 1/1980, 4/1979, 1/1979, 3/1978,
4/1977, 1/1977)

Markus Mattmüller, Dr. phil., Professor für Geschichtswissenschaft,
Peter-Rot-Straße 49, CH 4058 Basel.

(Siehe CuS 2/1980, 3/1977)

Eberhard Mechels, Dr. theol., Wissenschaftl. Assistent, Remterweg 52,
4800 Bielefeld 13

Annette Muhr-Nelson, Studentin (ev. Theologie), Kaufmannstraße 26,
5300 Bonn 1

Heinz Röhr, Dr. theol., Professor für evangelische Theologie,
Winterbachstraße 30, 6000 Frankfurt/M. 1.

(Siehe CuS 4/1980, 1/1980, 4/1977)

Karl Schmidt, Händelstraße 12, 7920 Heidenheim/Brenz

Wolfgang Schweitzer, Dr. theol., em. Professor für evangelische Theologie,
Hierholz 37, 7821 Dachsberg. (Siehe CuS 1/1978)

